

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

267 (17.11.1931)

# Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBUNDEN

Anzeigenpreise Die 10 geteilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtabholung des Zeitungspreises, bei geschäftlicher Dretzung und bei Anfertigung außer Kraft tritt. Erklärungen und Geschäftsstellen in Karlsruhe L. D. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandel, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junges, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Preis monatlich 2.20 Mark o. Ohne Zustellung 1.90 Mark o. Durch Me. Post 2.40 Mark o. Einjahrespreis 10 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich. Nummer 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volksfreund-Mitteilungen: Durlach, Hauptstraße 9, D.-Baden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Rosenstraße. Offenburg, Republikstraße 8.

Nummer 267

Karlsruhe, Dienstag, den 17. November 1931

51. Jahrgang

## Der Erdrutsch in Hessen

### Das Ende des bürgerlichen Liberalismus

#### Die soziale Revolte des Bürgertums gegen die Arbeiterchaft

Die heftigen Landtagswahlen schloßen die Reihe der Teilwahlen in diesem Jahre ab. Nach ihnen folgen im nächsten Jahr die Reichspräsidentenwahl und die Preußenwahlen. Die heftigen Wahlen zeigen in verstärktem Maße das Gesicht, das sich bei den Länderwahlen der letzten Zeit herausgebildet hat. Da diesmal auch das Zentrum einbezogen ist, ermöglicht die Wahl eine Abschätzung der Wählerstimmen in Reich und Provinz. Sie hat die politischen Verhältnisse in Hessen vollkommen umgestülpt. Der heftige Landtag ist nicht wieder zu erkennen. Die Veränderungen sind für den Landtag umso einschneidender, als er noch auf der Parteistellung vor der großen Umwälzung der Parteiverhältnisse im Gefolge der Wirtschaftskrise beruhte. Umso schärfer bringt die völlige Umwälzung der bisherigen Verhältnisse in Hessen die Tatsachen zum Ausdruck, daß sich im deutschen Parteiensystem eine Revolution, ein Erdrutsch vollzogen hat und daß diese Revolution noch nicht zu Ende ist. Daraus ergeben sich wichtige Rückschlüsse auf die Verhältnisse im Reich. Wiederum man aus der großen Zahl der Parteien, die bei der Hessenwahl aufgetreten sind, die großen Gruppen aus, so ergibt sich ein ganz klares und eindeutiges Bild. Auf der linken Seite der Arbeiter: SPD, KPD, und die SpLitter, die sich von beiden losgelöst haben, auf der Rechten die Nationalsozialisten, 298 000 Stimmen der Arbeiterparteien gegen 291 000 Nazistimmen. Dazu steht das Zentrum mit 112 000 Stimmen und die bürgerlichen Parteien mit insgesamt 84 000 Stimmen für sieben Parteien, mit dem Zentrum zusammen also 196 000 Stimmen. Die bürgerlichen Parteien außer dem Zentrum sind auf den Rang von SpLitterpartei herabgesunken. Gegenüber der letzten Reichstagswahl haben diese Parteien zusammen mehr als die Hälfte ihres Bestandes verloren. Sie haben jetzt noch rund 84 000 Stimmen und haben rund 100 000 Stimmen verloren. Statt des Einbruchs in die marxistische Front haben die Nationalsozialisten aus den bürgerlichen Parteien ferner aus den liberalen Parteien Kleinholz gemacht.

Diese Entwicklung hat auch vor Hessen nicht Halt gemacht. Die Bevölkerung des Rhein-Mainischen Gebiets zeigte bisher stark liberalen Charakter. Trotzdem ist die bürgerliche Bevölkerung dieses Gebiets in starkem Maße der Nationalsozialistischen Partei, der Todfeindin des Liberalismus, gefolgt. Über diese Entwicklung steht geschrieben: Ende des bürgerlichen Liberalismus. In der Tat zeigen diese Hessenwahlen, daß die übernommene Ideologie des Bürgertums vor die Hunde geht. Sie lehrt aber zugleich, wo die Ursachen für diese Entwicklung zu suchen sind.

Es gibt gewiß eine Reihe von besonderen lokalen Gründen, die in Hessen mitwirken. Die besondere Struktur des stark agrarischen Landes, der Wahltermin im Spätherbst, der die bäuerliche Bevölkerung stärker als je zuvor an die Wahlurne gebracht hat. Aber das alles tritt zurück hinter der Größe der Bewegung, die sich im Parteiensystem vollzogen hat. Die wirkenden Ursachen waren nicht lokal, sondern allgemeiner Natur.

Auf dem Lande ist es die Revolte des Bauerntums, in der Stadt die Revolte des Mittelstandes gegen die Wirtschaftskrise, die Unfähigkeit jeder bürgerlichen Regierung, die Wirkung der Notverordnung, der Steuerdruck und nicht zuletzt die wiederholten Angriffe auf die Einkommensverhältnisse der Beamten, die eine Kürzung ihrer Bezüge als eine Erschütterung der Weltordnung empfinden, das sind die Faktoren zum Nationalsozialismus. Dies tritt in kleineren Städten in Hessen, die stärker noch traditionsgebunden sind als die großen Städte und gewissermaßen hinter der Entwicklung herlaufen, viel stärker noch in Erscheinung als in großen Industriestädten.

Die Abstimmung der Stadt Darmstadt bietet für manche Feststellungen ein Beispiel. In der sogenannten Künstlerkolonie in Darmstadt wurden 720 Hitlerstimmen abgegeben, dagegen 80 sozialdemokratische und 40 kommunistische Stimmen. Hier wohnen Künstler, Hochschullehrer, höhere Beamte, der ganze gehobene Mittelstand, der bisher in liberalen Gewandengängen lebte. Die Abstimmung dieser Wohnbezirke der besseren Leute ist symptomatisch. Der heftige Mittelstand hat mit dem ehemaligen Herzog an der Spitze seine Stimmen für Hitler abgegeben.

Es ist kein Zweifel, das ist die soziale Revolte des Bürgertums! Was wollen diese Kreise? Was ist ihre Zukunftsmision angesichts des Untergangs der bürgerlichen Welt? Sicherlich spielen bei ihnen antisozialistische Stimmungen eine Rolle. Aber diese Stimmungen sind zu einem großen Teil nicht revolutionär sondern reaktionär, nicht fortschrittlich, sondern rückwärtlich romantisch. Denn im Grunde genommen wollen diese Kreise wieder zurück in die Ordnung, in der der Arbeiter aus dem Inter-

essenkreis des Staates verschwindet, und die Lasten der Krise trägt, ohne daß dabei das öffentliche Gewissen aus dem Schlummer gerissen wird, in dessen der Mittelstand und das Beamtentum von den schlimmsten Krisenwirkungen verschont bleibt. Es ist eine Revolte gegen ein Geschehen, dessen wahren Sinn sie nicht begreifen, eine Revolte dagegen, daß auch der bürgerliche Mittelstand das Los des Arbeiters, die Einschränkung der Lebenshaltung und die Ungewißheit der Existenz teilen soll. Die Spielbürger von Darmstadt, die diese geradezu repräsentative Abstimmung geliefert haben, wollen beileibe nicht den Sozialismus, wenn sie nationalsozialistisch wählen. Die Liste der Nazistimmen, die durch sie gewählt worden sind, sagt alles. Landwirte, Ärzte, Regierungsräte, Kaufleute, Studienträger, Richter, Beamte.

Welche Konsequenzen sich für das Land Hessen ergeben, das ist noch nicht zu übersehen. Der Wahlausfall hat im Lager der bürgerlichen Parteien schwerste Betroffenheit ausgelöst. Die Deutsche Volkspartei führt bittere Klage, daß sie eine zerschmetternde Niederlage erlitten hat. Jetzt, wo eine Regierungsbildung Zentrum, Nationalsozialisten als rechnerische Möglichkeit auftaucht, dürstet sie plötzlich wieder nach kulturpolitischen Interessen. Es gibt in der Tat in Hessen wichtige kulturpolitische Interessen zu verlieren. Hessen besitzt ein ausgezeichnetes, fortschrittliches Schulwesen. Aber das Bürgertum fragt nicht nach kulturpolitischen Interessen. Es sieht in der Nationalsozialistischen Partei einen Art von neuer Wirtschaftspartei, in der man die Kleinrenten und rückwärtlichen Privatinteressen vertreten kann. Nur mit dem Unterschied, daß man dort nicht nur in der Gesellschaft von Fördermeistern und Hausbesitzern, sondern dazu noch in der ehrenwerten Gesellschaft von Generalen und Hohenzollernprinzen und ehemaligen Großherzöge ist. Noch aber herrscht Ungeklärtheit über die künftige Gestaltung der hessischen Regierung, und zwar so sehr, daß das nationalsozialistische Parteiorgan eine Musterkarte von Möglichkeiten aufzählt.

Die Arbeiterbewegung darf die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß diese Wahlen symptomatisch für das Verhältnis im Reich sind. Die Krise des Kapitalismus erzeugt eine mächtige bürgerliche Sammelpartei, auf der äußersten Rechten, die sozialrevolutionär ihrer Veranlagung wegen erscheint, die ihrem Wesen nach aber reaktionär ist, weil ihr Ziel die Rückkehr auf eine frühere Stufe der kapitalistischen Entwicklung ist. Und diese Partei ist nicht nur reaktionär, sie ist zugleich faschistisch!

#### Der Versuch das Zentrum das Nazixperiment? Bedeutsame Zentrumsstimmen

Die heftigen Landtagswahlen haben in der Presse aller Richtungen ein lebhaftes Echo gefunden. Das Zentrum, von dessen Haltung die Bildung einer Rechtsregierung in Hessen abhängig ist, hält sich in seinem Urteil über die politischen Konsequenzen der heftigen Wahlen noch zurück. Von zuverlässiger Seite verläutet aber, dem Sozialdemokratischen Pressebüro zufolge, daß die Zentrumspartei nicht abgeneigt ist, das Experiment einer Regierung mit den Nationalsozialisten in Hessen zu versuchen. Jegendliche Auswirkungen dieser Politik auf das Reich soll nicht beachtet sein.

Die Germania schreibt zu den Wahlen: „Es gibt heute, wenn man den heftigen Wahltag verallgemeinern will, praktisch nur noch vier Parteien in Deutschland: Die Nationalsozialisten, die Sozialdemokraten, die Kommunisten und das Zentrum. Alle anderen sind kleine SpLitter, die mehr oder weniger in den Prozeß des raschen Kräfteschwunds einbezogen sind. Um die gegenwärtige Situation in Deutschland richtig zu kennzeichnen, braucht man nur darauf hinzuweisen, daß von diesen vier Parteien zwei sozialistisch sind und die dritte und größte den Sozialismus nicht nur in ihrem Namen und Programm für sich in Anspruch nimmt, sondern auch in ihren Wählermassen über einen mit sozialreaktionären Elementen vermischten stark sozialistischen Bestand verfügt. Angesichts der überwiegenden Stärke dieser drei Gruppen und der fortschreitenden Zerstörung der gemäßigten Parteien wächst die Verantwortung des Zentrums für die politische und wirtschaftliche Weiterentwicklung unseres Volkes in ein noch nie dagewesenes Maß hinein. Denn der politische Umwälzungsprozeß, den wir erleben, wird wahrhaftig nicht auf dem Gipfel des nationalsozialistischen Machtgewinns beendet sein. Dort wird vielmehr etwas beginnen, was wichtiger und bedeutender ist als die Entwicklung der Zahl und der Größe: die geistige und politische Umformung einer Bewegung zu einem wirklichen Instrument des Staates, die sich allerdings gleichfalls nicht, ohne neue Erschütterung des deutschen Parteiensystems vollziehen kann.“

Der Pressebüro der Zentrumspartei sagt: „In zwei Punkten stimmt das Wahlergebnis in Hessen mit allen bisherigen ähnlichen Wahlen überein: Die Nationalsozialisten bringen keine Zerschlagung der sogenannten marxistischen Front fertig, die sich lediglich in ihren

inneren Bestandteilen verschiebt und gänzlich unberührt bleibt das Zentrum. Die Wahlen in Hessen zeigen die Linie der politischen Entwicklung der nächsten Zeit deutlich: Die große Entscheidung wird zwischen Zentrum und Nationalsozialisten ausgetragen. Nicht nur in Hessen, sondern demnächst auch in Preußen und dann im ganzen Reich. Die Nationalsozialisten sind an der Grenze ihrer Macht. Ihre Kampfweise gegen das Zentrum konnte gerade im Hinblick auf die heftigen Landtagswahlen an Robustheit und Unbeflümmertheit nicht mehr übersteigert werden. Und trotzdem geht das Zentrum gestärkt aus diesem Kampf hervor. Andererseits haben die Nationalsozialisten bis auf das Zentrum die bürgerlichen Parteien fast vollständig zerrieben und angeht eine Wahlbeteiligung von über 80 Prozent bedeutet das nichts anderes, als daß die Grenze der Ausdehnungsfähigkeit der Nationalsozialisten nun erreicht, also eine Steigerung nicht mehr möglich ist, jetzt aber auch, daß die Nationalsozialisten nie und nimmer imstande sein werden, für sich allein die Macht zu erlangen.“

#### Verspätete kritische Stimmen in der Deutschen Volkspartei

Die Kölnische Zeitung bezeichnet die Mandatverluste der Deutschen Volkspartei bei den heftigen Wahlen als ein bedauerliches Schicksal. Der Parteiapparat ist an der Niederlage gewiß nicht schuld; er hat seine Pflicht allenthalben getan. Aber die Leitung der Volkspartei hatte mit den Nationalsozialisten einen sogenannten „Burgfrieden“ abgeschlossen. Diese Maßnahme erwies sich als grundfalsch.

#### Pariser Befürchtungen

Paris, 16. Nov. (Eia. Draht.) Der unerwartete große Erfolg der Nazis bei den heftigen Wahlen hat in Paris großes Aufsehen erregt und gibt zu Befürchtungen über den Weiterbestand des Kabinetts Brüning Anlaß.

Der Temps schreibt: „Es ist zu befürchten, daß die Rechtswendung in Deutschland schließlich eine ausschließliche Lage schaffen wird. Die einzige solide politische Organisation, die in Deutschland vorhanden ist, ist das katholische Zentrum. Das Zentrum arbeitet aber eine Minderheit, die nur mit Unterstützung der Rechtsparteien regieren kann. Wenn die bürgerlichen Mittelparteien weiter aufwärmeln und wenn die Sozialdemokratie durch die kommunistische Propaganda ernstlich in ihrem Bestand gefährdet wird, dürfte jede nach links orientierte Koalition unmöglich werden. Das Zentrum kann dann gesungen werden, mit den Nationalsozialisten zusammen zu gehen. Eine solche Möglichkeit ist bekanntlich bereits erwogen worden. Aber welches Vertrauen könnte man dann noch einer deutschen Regierung schenken, in der der Einfluß der Nazis beherrschend ist, und was könnte man von Standpunkt der Befestigung des Friedens von einer Macht erwarten, für die der nationalsozialistische Terror der Grund ihrer Existenz ist?“

#### Hitlers Geldgeber

Es wird bei der Schwerindustrie geknorr

Der Vorwärts teilt mit: Während die Goebbels, Ströher u. Co. den nationalsozialistischen Arbeitern erzählen müssen, daß die Hitler-Partei nichts mit der sozialen Reaktion zu tun habe, reißt Herr Gottfried Feder im Auftrag von Hitler im Lande umher, um die soziale Reaktion der Bundestreue Hitlers zu versichern und dabei das Geld der Scharfmacher Loder zu machen.

Am 23. Oktober sprach er in Essen auf einer „Wirtschaftskonferenz“ vor der Auslese der Scharfmacher. Es nahmen an der Konferenz teil:

Vandirektor Hoffmeister, Hamborn; Direktor Riedel, Essen; Direktor Storkbaum, Essen; Prokurist Lang, Oberhausen; Brauereidirektor G. Rose, Essen; Generaldirektor Wihlert, Inhaber zahlreicher Aufsichtsratsposten; Direktor Werner, Oberhausen; Dr. Holtzbofer, Oberhausen; Tengelmann aus Dortmund, einer der reichsten Schwerindustriellen; Freiberger v. Loe, Essen; Direktor Kuhn, Essen; Oberbaurat Swirzeln, Oberhausen; Bergwerksdirektor Wedmann, Essen; Generaldirektor des „Wohlfahrtsvereins“ Rose, Essen; Major v. Hollisch, Hamborn; Generaldirektor Wiemacker.

Wer zweifelt noch, daß die ganze Partei des Herrn Hitler eine einzige große selbe Bewegung ist, die von den Scharfmachern bezahlt wird, damit sie die Arbeiterorganisationen betäubt?

#### Naziüberfall auf Reichsbanner

Breslau, 16. Nov. (Eia. Draht.) In Würden Kreis Ohlau wurde der Reichsbannermann Schinke von einem Nationalsozialisten überfallen und niedergeschlagen. Zusammenbrechend rief Schinke um Hilfe. Daraufhin schoß ein anderer Nazi blindlings aus einem Gutschof auf die herbeieilenden Reichsbannerleute. Drei wurden verletzt und mußten ins Breslauer Krankenhaus gebracht werden.

# „Der Republik zur Mahnung“

Von Dr. Hubertus Prinz zu Löwenstein.

Prinz Hubertus zu Löwenstein ist eifriges Mitglied des Reichsbanners. Er nimmt an den Arbeiten wie an den Werbungen des Reichsbanners stets regen Anteil. Im Berliner Tageblatt äußert er sich über die in den letzten Monaten gewonnenen Eindrücke. Wir geben die Darlegungen des Prinzen nachstehend vollständig wieder.

„Mehr als in Massenversammlungen, deren Erfolg meist nur eine Frage geschickter Rhetorik ist, spiegelt sich die allgemeine Stimmung in seinen engeren Zusammenkünften wider. In den Kameradschafts- und Ortsvereinsversammlungen der Vorstädte könnten die Politiker von Fach noch manches lernen, und es wäre vielleicht gut, wenn sie ihre Entscheidungen auch von den dort gewonnenen Eindrücken abhängig machen würden. Sie könnten dann eher der Wandlung Rechnung tragen, die sich seit Juli dieses Jahres vollzogen hat, aber keineswegs so, daß sich die Freunde des Staates über sie freuen dürften. Das damalige grobe Bangen vor dem ungewissen Ausgang des Volksentscheids umschloß nämlich noch eine große Hoffnung: man fühlte die Möglichkeit, zum Gegenstoß auszuholen, wenn der gemeinsame Angriff der Radikalen zusammenbrechen sollte, und alles sprach von der Aussicht, den Staat für die zurückzuerobern, die Jahre hindurch seine treuesten Schützer waren. Jener 9. August aber, der den vollen Sieg der Republik brachte, führte gleichzeitig zu der großen Enttäuschung, daß dieser Sieg nicht genutzt wurde.

Die Folgen des Verjämmerdes sind unabweisbar. Der Redner, der heute vor seine Zuhörer tritt, um dort von der Sammlung aller republikanischen Kräfte zu sprechen, begegnet so tiefem Mißtrauen, daß ein Höchstmaß an Anstrengung gerade ausreicht, um die offene Auflehnung in den eigenen Reihen zu verhindern.

Wie sollen die Massen verstehen, daß man sie zum Schutze eines Staates aufruft, der nicht den Mut besitzt, nur das als Recht anzuerkennen, was seiner inneren Ordnung entspricht? Sie verlangen sich der Billigung jener impotenten „Objektivität“, die zum Beispiel bei Demonstrationen verbietet die Staatsbedrohungen den Wunden ebenso behandelt, wie die Staatsverneinenden, da sie den Sinn jener allzu tatsächlichen Erwägungen nicht einzusehen vermögen.

Und noch eines wird immer wiederholt: Warum denkt keiner, dem in der Stunde der Gefahr ein starker Schutz sehr erwünscht wäre, schon heute daran, für die etwas zu tun, die täglich mitten im Kampfe stehen? Wissen sie wirklich nicht, daß keine Organisation wirksam arbeiten kann, wenn ihr die nötigsten Mittel fehlen? Wie kann der Staat, wie können die einflußreichen Kreise innerhalb der Republik zusehen, daß die Opferbereitesten des Volkes ohne Unterstützung bleiben, deren sie so dringend zum Wohle des ganzen Reiches bedürfen?

Da sind alles Dinge, die in jenen kleinen und doch so wichtigen Versammlungen gesagt werden. Die Stimmung ist keine gute — aber sie wird nicht dadurch besser, daß gefährliche Berichte in die Öffentlichkeit gebracht werden. Man fragt sich verwundert, ob die Regierung und ob die Unternehmer denn noch immer nicht ahnen, daß sie eines Tages leicht alles verlieren können, wenn sie ihre Lohn- und Preispolitik, die Kürzung der unteren Beamtgehälter und den Abbau der Lehrer- und Sozialausgaben weiter fortsetzen. Noch ist es Zeit zur Befinnung — wenn auch schon um drei Monate weniger als vor dem Volksentscheid. Wäge im Interesse der deutschen Zukunft nicht auch diese letzte Stunde ungenutzt verstreichen.

Es gibt nur einen Weg aus der Staatskrise: durch wirkliche Hilfe des Reichsbanners wieder herzustellen, das gerade die republikanischen Massen ihren Führern gegenüber zu verlieren beginnen. Erst dann wird man diesen wieder Glauben schenken.

Die Schilderungen des Prinzen zu Löwenstein über seine Eindrücke von der starken Verfestigung in republikanischen Kreisen, besonders aber unter den aktiven Reichsbannerkameraden, ist nicht nur interessant, sie verdient vielmehr die ernsteste Beachtung. In der Tat: Es herrscht in den republikanischen Kreisen über die Schwächlichkeit und stellenweise auch Untätigkeit sowohl der Reichsregierung wie der Landesregierungen, wenn es gilt, den gegenwärtigen Staat gegen die vom Haß geschwollenen Lohndiebe zu verteidigen und zu sichern, tiefe Erbitterung. Wir haben erst vor wenigen Tagen darauf hingewiesen, daß bei der Fortdauer des jetzigen Zustandes auch das Vertrauen zum heutigen Staat in den Kreisen einfach schwinden muß, die bisher für ihn eingetreten, und die auch bei entfalteter Energie der Regierungen und der republikanischen Parteien, ihn weiter kraftvoll und mit Erfolg zu schützen gewillt sind. Sowohl die Reichsminister wie die Minister in den einzelnen Ländern halten an Sonn-, Fest- und Werktagen fleißig Reden, aber bei diesen vielen und unferntwegen guten Reden, fließt die Arbeit für die Sicherung dieses Staates keineswegs munter fort. Überall ist bei den mit der Führung der Staatsgeschäfte Beauftragten eine Zaghaftheit und eine Systemlosigkeit im Vorgehen gegen die staatsfeindlichen und staatszerstörenden Treibereien zu beobachten, die nachgerade den Bestand des jetzigen Staates in Gefahr bringen. Und wenn wirklich da und dort in den Regierungen ein Entschluß reift, um zur kräftigen und möglichen Abwehr zu schreiten, findet sich sofort eine Schar von Bürokraten und Juristen, die mit ihren Listereien die Durchführung jedes Entschlusses sabotieren und meistens unmöglich machen. Das haben die Gegner der heutigen Staatsform ebenfalls schon längere Zeit erkannt. Und diese Taktiken und die Erkenntnis hat sie auch so angriffslustig gemacht, so daß sie heute, wie es die Naziredner und die Presse der Hitlerpartei tun, eine gar nicht mehr verhüllte Mordhege betreiben. Diese Hege wird zunächst einmal und zwar geradezu systematisch aus der Spekulation heraus betrieben, daß man mit ihr und durch sie einschüchternd zu wirken vermöge, besonders bei der Bürokratie. Und schließlich sollen auch die Elemente, die von Natur aus zur Gewalttätigkeit neigen, so in „Stimmung“ gebracht werden, daß sie gegebenenfalls auch zur Tat schreiten.

Wenn nun gar solche Elemente beinahe täglich lesen und sehen können, wie nachsichtig und milde nationalsozialistische Richter von deutschen Gerichtshöfen beurteilt werden, wenn sie gleichzeitig die Schwächlichkeit der Regierungen be-

## Friedrich Bartels letzte Fahrt

Berlin, 16. Nov. (Eig. Draht.) In der weidewoll geschmückten Wandelhalle des Preussischen Landtags fand am Montag nachmittags die Trauerfeier für den verstorbenen Präsidenten des preussischen Landtags, Friedrich Bartels, statt. Den mit roten Rosen geschmückten Sarg umgab eine Fülle von Kränzen. An der Feier nahmen teil: das preussische Staatsministerium, die Staatssekretäre, Mitglieder des Staatsrats und des Landtags, die sozialdemokratische Landtagsfraktion, Reichsminister Groener, Reichstagspräsident Lohse, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Otto Wels mit den übrigen Mitgliedern des Parteivorstandes, zahlreiche Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und Vertreter der zentralen Parteiministerei und Gewerkschaften.

Vizepräsident Baumhoff erklärte: Tiefe Trauer erfülle den preussischen Landtag, in dem Bartels ein leuchtendes Beispiel staatsbürgerlicher und vaterländischer Pflichterfüllung gewesen sei und dessen Präsident er fast seit sieben Jahren war.

Ministerpräsident Dr. Braun sprach hierauf im Namen der Staatsregierung folgende Gedächtnisrede: „Friedrich Bartels, den strengste Gerechtigkeit, den unbefehltester und ausgleichend gerechter

Charakter, und den gutmütiges Wesen auszeichneten, ist diesen schweren Aufgaben in seltenem Maße gerecht geworden. Es wird anerkannt und an seinem Sarge ausgesprochen werden, daß er von gutem Willen befeuert und in diesem Willen bestrebt war, ein hohes Amt zum Wohle des Volksganzen zu führen und nicht nur die Arbeiten des Parlaments, sondern auch die allgemeinen Staatsgeschäfte zu fördern. So hat er Volk und Vaterland wertvolle Dienste geleistet, die in der neuen preussischen Geschichte und vor allem in der Geschichte des Preussischen Landtags dauernd verankert bleiben werden.“

Im Anschluß an diese Trauerveranstaltung, die durch Kundgebungen übertragen wurde, wurde der Sarg in das Krematorium Gerickestraße überführt. Das Krematorium, das mehr als 1500 Menschen fassen kann, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Um den mit Blumen überladenen Sarg hatten die nächsten Angehörigen des Verstorbenen, die Witwe und der Sohn Platz genommen, ferner der Parteivorstand mit dem Banner der SPD., Vertreter der sozialdemokratischen Partei, zahlreiche Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Vertreter der Gewerkschaften, des Reichsbanners und viele andere. Unter den Klängen feierlicher Musik wurde dann der Sarg mit der sterblichen Hülle von Friedrich Bartels langsam in die Tiefe.



Die Aufzählung des preussischen Landtagspräsidenten Gen. Bartels. Reichsbannerkameraden halten vor dem im preussischen Landtag aufgebahrten Sarg die Ehrenwache.

## Der Mord am kommunistischen Bürgerchaftsmitglied

Das Urteil über die nationalsozialistischen Mörder

Hamburg, 16. Nov. (Eig. Draht.) Am Montag nachmittags verurteilte das Schwurgericht im Hamburger Rasiprozess wegen Ermordung des kommunistischen Bürgerchaftsmitgliedes Henning Torgander Urteil: Janzon und Hömar 7 Jahre Zuchthaus, Bammel 6 Jahre Zuchthaus und zwar wegen gemeinschaftlichen vollendeten und versuchten Totschlags, versuchter Mordanschlags und wegen Bereicherung gegen das Schulwaffengesetz. Den Angeklagten wurden den mildernden Umstände verlast.

## Nationalsozialistische Heldengarde

Aus Württemberg wird berichtet: Im Verlauf einer nächtlichen Hebung des SA-Sturmes der Schwenninger Nationalsozialisten wurden die Teilnehmer erwischt und etwa 70 Leute verhaftet. Darunter befanden sich zahlreiche Beihilfer und Schüler der Oberrealschule und Fachschule, die der Hitler-Jugend angehören. Kennzeichnend ist, daß der Führer des SA-Sturmes beim Verhaftungsbefehl sofort die Flucht ergriff und bis heute noch nicht gefasst werden konnte.

## Umzugsverbot in Oldenburg

Oldenburg, 14. Nov. Das oldenburgische Innenministerium gibt eine Bekanntmachung heraus, in der es u. a. heißt, daß es in der letzten Zeit auch im Freistaat Oldenburg behauerlichermäßig zu schweren Zusammenstößen politischer Gegner und hierbei auch zum ersten Male zu einem Todesopfer gekommen sei. Daher werde das Verbot von Versammlungen und Aufmärschen unter freiem Himmel angeordnet.

## Die Pariser Völkerbundsratsitzung

Kompromißversuch im Mandatsstreitkonflikt

Paris, 16. Nov. (Eig. Draht.) Die außerordentliche Tagung des Völkerbundsrats begann am Montag nachmittags um 4 Uhr in dem Uhrensaal des Pariser Außenministeriums unter dem Vorsitz Briands. Briand eröffnete die Sitzung mit einer Rede, in der er zunächst für die Wahl von Paris als Tagungsort dankte und den entfallenden Außenminister Simon und Staatssekretär von Bülow begrüßte, die zum erstenmal als Delegierte an einer Ratssitzung teilnahmen. Er schloß seine Rede mit dem Wunsch, daß im Interesse des Friedens eine möglichst schnelle Regelung des Mandatsstreitkonflikts zustande kommen werde. Auf Vorschlag Briands wurde eine sich sofort anschließende nicht öffentliche Sitzung beschlossen, um das Verfahren zur Regelung des Konflikts festzulegen. Aus den Erklärungen Briands in dieser Sitzung ging hervor, daß man ein Kompromiß suchen müsse, das sich auf der Linie einer Heranziehung der prinzipiellen Fragen der alten Verträge zwischen China und Japan bewegt. Am Vormittag hatte Briand eine Unterredung mit dem englischen Außenminister Simon und dem russischen Botschafter Domogawoff.

## Die einjährige Rüstungspause in Kraft

Der Generalsekretär des Völkerbundes teilt mit, daß die von der letzten Völkerbunderversammlung beschlossene einjährige Rüstungspause in Kraft treten ist und zwar mit Wirkung vom 1. November dieses Jahres ab. Dem Vorschlag haben nahezu fünfzig Staaten zugestimmt.

## Grandi in Washington

Washington, 16. Nov. Der italienische Außenminister Grandi ist hier kurz vor sechs Uhr abends eingetroffen.

## Sozialdemokratischer Vorstoß gegen Mordhege

Berlin, 16. Nov. (Eig. Draht.) Am Dienstagabend wird zwischen dem Reichskanzler und den Führern der Sozialdemokratie eine Besprechung über die allgemeine innen- und außenpolitische Lage stattfinden. Es ist selbstverständlich, daß die Vertreter der Sozialdemokratie bei dieser Gelegenheit auch auf die Mordhege im Inneren Deutschlands hinweisen und die Reichsregierung zu einer entsprechenden Stellungnahme veranlassen werden.

## Politischer Zusammenstoß im Saargebiet

Saarbrücken, 16. Nov. In der Nacht zum Sonntag kam es hier zu einer schweren Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Im Verlauf eines Wortwechsels feuerte ein Nationalsozialist vier Schüsse auf seine Gegner ab. In der darauf entstehenden Schlägerei wurden zwei Nationalsozialisten durch Messerstiche und Schüsse so schwer verletzt, daß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Auch Unbeteiligte erlitten Verletzungen. Die Hauptbeteiligten wurden festgenommen.

# Freistaat Baden

## Aus dem Landtag

Es steht nunmehr fest, daß der Landständische Ausschuß am Donnerstag, 19. Nov., vormittags 10 Uhr, zusammentritt wird. Anschließend tagt der Vertrauensmännerversammlung. Das Landtagssplenum beginnt seine neue Sitzungsperiode, wie wir bereits mitteilten, am Dienstag, 24. November, vormittags nach vorausgegangenen Eröffnungsgottesdiensten.

### Die Frage der Gehaltskürzungen

Der Beschlussereferent des Reichsbundes der höheren Beamten, Dr. Böhlen, hat in einer Broschüre das Ergebnis der Notverordnung, soweit sie höhere Beamte betreffen, zahlenmäßig dargestellt. Daraus ergibt sich, daß die zusätzliche Landesfürsorge in fast allen Ländern heute größer ist als in Baden. Hervorzuheben ist besonders noch der Umstand, daß in Württemberg bei den Sonderkürzungen die Freiatene nur 1500 M beträgt, während sie in Baden auf 2000 M festgesetzt ist. Was sodann die Frage weiterer zusätzlicher Landesfürsorgen angeht, so ist durch die Gehaltskürzungen und sonstige Maßnahmen der badische Fehlbetrag (abgesehen von einer Million) ausgemittelt, während dies bei den anderen Ländern noch nicht der Fall ist.

### Evangelischer Volksdienst und Konkordat

#### Die Einstellung des Zentrums

Die Abgeordneten des Evangelischen Volksdienstes haben im badischen Landtag einen Antrag eingebracht, bei den angeklagten Verhandlungen über den Abschluß eines Konkordats folgende Grundzüge sicherzustellen:

1. Die Parität zwischen evangelischer und katholischer Kirche ist zu gewährleisten.
2. Die einzelnen Abmachungen müssen einseitig ein friedliches Zusammenwirken von Staat und Kirche sichern, andererseits Freiheit und Eigenleben der Kirche unangefastet lassen.
3. Zur Wahrung dieses Eigenlebens und zur Sicherung der Aufgaben der Kirche sind folgende Gesichtspunkte festzusetzen:
  - a) Die Erteilung des Reliquienunterrichts im Bisherigen Ausmaß ist sicherzustellen.
  - b) Eine „politische Klausel“ darf bei Verträgen nicht enthalten sein.
  - c) Bei Befragung der theologischen Fakultäten an der Universität Heidelberg ist eine freitragende Verantwortung zwischen Staat und Kirche ohne Beeinträchtigung der Verantwortlichkeit der letzteren durch sicherzustellen, daß die Berufung nur mit ausdrücklicher Zustimmung des evangelischen Kirchenpräsidenten erfolgen darf.
  - d) Dasselbe gilt für die Befragung der Direktoren der Praktisch-Theologischen Seminare.
  - e) Bei Befragung von Religions- und Seelsorgestellen in staatlichen Anstalten ist das bisherige Mitwirkungsrecht der Kirche zu sichern.
  - f) Die bisherigen Rechtsgrundlagen für finanzielle Leistungen des Staates an die Kirche dürfen durch die vertraglichen Abmachungen keine Beeinträchtigung erfahren.
  - g) Der bisher gültige staatliche Schutz für kirchliche Sonn- und Feiertage ist sicherzustellen.

Im Anschluß an diesen Antrag wird das Zentrum von Seiten des Evangelischen Volksdienstes in folgender Weise apostrophiert:

„Wird das Zentrum bei einer Frage von so ausschlaggebender Wichtigkeit für die evangelische Kirche, wie es ein evangelisches Konkordat darstellt, sich offen und rückhaltlos für den Volksdienst einnehmen? Ist es dem Zentrum ernst mit einer wirklichen Parität der Konfessionen? Der Volksdienst hat bisher gezeigt, daß er staatspolitische Gesichtspunkte über Parteipolitik stellt. Jetzt hat der Volksdienst über evangelische Sonderinteressen gestellt. Jetzt hat das Zentrum das Wort, um auch einmal mit der Tat manche Behauptungen zu belegen, die das evangelische Volk beunruhigen.“

Der badische Beobachter beifügt sich nun schleunigst die Antwort zu geben, indem er in seiner Sonntagsnummer erklärt: „Es ist richtig, daß der Evangelische Volksdienst in wohlwollendem Gegenatz zur strengen Opposition der deutschnationalen und nationalsozialistischen Fraktion im badischen Landtag zu den schwierigen Problemen der letzten Zeit eine durchaus positiv gerichtete, staatspolitische Haltung eingenommen und die Staatsnotwendigkeit bejaht hat. Ohne jetzt schon in eine grundsätzliche Würdigung des vorgelegten Konkordatsantrags eingehen zu wollen — das soll einer späteren Stellungnahme vorbehalten bleiben — kann so viel gesagt werden, daß das Zentrum mit den Grundgedanken des Antrages wohlmeinig zu gehen vermag.“

### Badischer Verband für Frauenbestrebungen

Dr. Karlsruher, 16. Nov. Gestern hat hier bei sehr zahlreicher Beteiligung die Delegiertenversammlung des Badischen Verbandes für Frauenbestrebungen stattgefunden. Dabei wurde eine Entschließung angenommen, die sich dagegen wendet, daß den Lehrerinnen an ihrem Gehalt und an ihrer Stellungsgleichheit ein Zehntel gekürzt werden soll. Die Frauen, so heißt es, legen auf schärfste Verwahrung ein gegen eine Sonderbehandlung der Frauen. Dann wurde sehr warm gebeten für die Unterzeichnerinnen der Kundgebung des Staatsbürgerinnenverbandes zur Abwehr der Kürzung der Gehälter der Lehrerinnen und gegen die einseitige Abwertung Deutschlands. Eine zweite Entschließung, die ebenfalls einstimmig Annahme fand, bittet die Regierung dringend, die in der Haushaltsordnung vorgesehene Kürzung der Hinterbliebenenbezüge wieder aufzuheben. Ueber das „rote Kapital“ „Doppelverdienst“ sprach Frau Prohaska. Hier liegt die Schwierigkeit darin, daß einerseits Front gemacht werden muß gegen das System der Einkommensschnüffel und gleichzeitig doch jeder Einzelne in sich die Verantwortung empfinden muß, Zurückhaltung zu üben gegen eigenes Doppelverdienst, wenn ein Einkommen seinen Lebensunterhalt sichert. Bei der Vorstandswahl wurde die bisherige erste Vorsitzende Frau Dr. Zellner zum Beiratsmitglied des Vorstandes und Frau Luise Krieger zur 1. Vorsitzenden gewählt. Frau Krieger, die Vorsitzende des Landesverbandes Baden der Hausfrauenverbände, sprach schließlich über die „Sozialaufgaben für die Hausfrauen“. In der Aussprache wurde anregend, Fortbildungskurse auch für weibliche Erwerbslose und namentlich für Erwerbslose kaufmännische Angehörige einzurichten.

Aufnahme von Wirt- und Verwaltungsverwaltern unumwollt. Im Rechnungsjahr 1932 können für den Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern mangels Bedarfs weder Anwärter für den einfachen, noch solche für den gehobenen mittleren Dienst aufgenommen werden. Die Einstellung von Bewerberinnen für diese Laufbahn erlischt sich deshalb.

Verwahrung gegen Verwechslung. Der Kaufmann Wenzel Krieger in Sundheim bei Rehl legt Wert auf die Feststellung, daß er mit dem in der Meldung aus Rehl vom 31. Dezember über Verhaftungen wegen Spionageverdacht genannten Beteiligten gleichen Namens nicht identisch ist.

# Aus aller Welt

## Schweres Autounglück im Elsass

Strasbourg, 16. Nov. Ein Lastkraftwagen aus Neuenkirch, der in Strasbourg 140 Zentner Getreide geladete, rastete an einer steilen Stelle mit 50 Kilometer Geschwindigkeit die Straße hinunter und fuhr in eine Gruppe von jungen Arbeiterinnen. Ein 17-jähriges Mädchen wurde gegen einen Baum geschleudert und getötet; eine andere Arbeiterin lag in einen Bach, wo sie ertrank. Dann wurde der Wagen von einem elektrischen Mast umgestürzt und erlitten schwere Verletzungen und wurden ins Krankenhaus nach Bilsch gebracht. Der 24-jährige Chauffeur wurde im Führerhaus festgehalten und konnte erst durch herbeigekommene Hilfe befreit werden; auch er hat schwere Verletzungen erlitten.

## Die Kolonialausstellung schließt

Paris, 16. Nov. Die Kolonialausstellung hat ihre Tore um Mitternacht geschlossen.

## Flugzeug kommt mit Starkstromleitung in Berührung

Paris, 16. Nov. In der Nähe von Albi (Dep. Tarn) kam ein Touristenflugzeug mit der Starkstromleitung in Berührung. Der Pilot wurde auf der Stelle tot, der Pilot erlitt schwere Verletzungen.

## Der Direktor des Dresdener Arbeitsamts von einem Angestellten verletzt

Dresden, 16. Nov. Der Direktor des Dresdener Arbeitsamts, Dr. Herkmann, wurde heute nachmittag in seinem Büro von einem seiner Angestellten namens Friedrich, den er kürzlich aus dienstlichem Anlaß geahndet hatte, mit einem Dolchmesser durch einen Stich in den linken Unterarm verletzt. Der Täter wurde der Polizei übergeben.

## Vier Arbeiter durch elektrischen Strom getötet

Goppeln (Schweiz), 16. Nov. Beim Bau von Schutzdämmen an der Lützelberg-Düne ereignete sich heute nachmittag ein schweres Unglück, bei dem vier Arbeiter getötet wurden. Die Arbeiter waren damit beschäftigt, Eisenbahnen an die Bergseite hinaufzuführen. Aus noch nicht ermittelter Ursache trat im Gange der Aufgrabung eine Störung ein. Dadurch rutschte in größter Höhe das über das Bahngleis der Lützelbergbahn führende Seil von der Rinne ab und kam mit der elektrischen Fabrikleitung in Berührung. Hierbei wurden vier Arbeiter unter Strom gesetzt. Vier Arbeiter, die mit ihnen in Berührung kamen, wurden vom elektrischen Schlag getroffen und getötet.

## Den Gerichtsvollzieher in die Hand gebissen

In Frankfurt a. M. kam es im Erdgeschoss des Justizgebäudes zu einem blutigen Ereignis. Von einem Gerichtsvollzieher war ein Kaufmann zur Leistung des Offenbarungseides vorgeladen worden, doch widersetzte sich der Kaufmann und biß dem Gerichtsvollzieher in die Hand. Mehrere Beamte mußten den Tobenden übermächtig, der in eine Türschleibe trat und sich eine blutende Wunde am Bein auso, die man im Untersuchungsgefängnis verband.

## Goldfunde?

Die Goldschnappheit veranlaßt nun Suchen und zu oft trügerischen Hoffnungen. So kommen jetzt Meldungen über Goldfunde in Deutschland und in England. Ob sich die „Ausbeute“ aber auch tatsächlich rentiert? Ja, wenn das so leicht wäre.

## Gerichtsergebnis der schwäbischen Unschuld

Stand da dieser Tage ein 18-jähriges Mädchen aus dem Oberamt Ulm als Zeugin vor dem hiesigen Amtsgericht. Vor der Beobachtung forderte der Richter die Zeugin mit den üblichen Worten zum Erheben der rechten Hand auf. Sie hatte aber statt „erheben Sie die rechte Hand“ verstanden „geben Sie mir die rechte Hand“ und reichte ihm diese treuhändig über den Gerichtstisch. Der junge Richter hätte lächelnd die Unschuld vom Lande auf, worauf die Eidesleistung vor sich gehen konnte.

## Betriebsstörung durch eine Ratte

In Masold strotzte plötzlich die Stromversorgung durch das hiesige Elektrizitätswerk. Im Kabellethal war eine Ratte an die Klemme der 5000-Voltleitung geraten. Das Tier verbrannte und der Betrieb wurde auf 6 Minuten stillgelegt. Man behaft sich dann mit zwei Diefelmöusen weiter.

## Wegen Unterschlagung einer Million Franken verurteilt

Der 30-jährige Kassierer Emil Köppler der Bank von Strasbourg in den Jahren 1924 bis 1929 als Kassierer der Bank von Strasbourg in Strasbourg eine Million Franken unterschlagen und wurde, nachdem er geflüchtet war, von den französischen Gerichten in Strasbourg in Abwesenheit zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die französische Regierung strengte daraufhin ein Auslieferungsverfahren mit der Begründung an, Köppler sei französischer Staatsangehöriger. Nach eingehender Prüfung wurde festgestellt, daß Köppler deutscher Staatsangehöriger ist. Er wurde dem Mainzer Bezirkshofgericht zu verantworten. Der Angeklagte machte geltend, daß er ungefähr 700 000 Franken an Geschäftskonten in Strasbourg verliehen und nur den Restbetrag für sich verbraucht habe. Er sei der Auffassung gewesen, daß er ein billiges Verfügensrecht über die verliehenen Beträge gegenüber den Kunden der Bank gehabt hätte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten gemäß dem Antrag des Staatsanwalts zu sechs Monaten Gefängnis unter Androhung der Unterdrückungshaft und billigte ihm eine dreijährige Bewährungsfrist zu.

Die Neuregelung des Rollfuhrwesens  
 Berlin, 16. Nov. Ueber die Neuregelung des Rollfuhrwesens wurde unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Trevisanovs zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und den Vertretern des Speditionswesens und Fuhrwesens verhandelt. Es wurde grundsätzliche Einvernehmen über die Beschaffung von Rollfuhrleistungen an Abrechnungsgemeinschaften in Orten mit hohen Rollfuhrkosten erzielt.

## Sechs Wochen wegen Beamtennotigung

Stuttgart, 16. Nov. (Sig. Draht.) Der Redakteur Adolf Maubach von der kommunistischen Arbeiter-Zeitung wurde vom Schnellrichter wegen Widerstands und Beamtennotigung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte bei einer Hausdurchsuchung einen Beamten mit den Worten bedroht, er werde, wenn er das von ihm Beschlossene nicht mehr hinauskommen, und zu einem anderen Beamten gesagt, er werde ihn „in der Presse anbringen“.

## Jörgiebel als Dortmunder Polizeipräsident vorgezogen?

Berlin, 16. Nov. (Sig. Draht.) Als Nachfolger des verstorbenen Polizeipräsidenten Lübbring in Dortmund ist der frühere Polizeipräsident von Berlin, Jörgiebel, in Aussicht genommen. Eine Zusage liegt von Jörgiebel jedoch noch nicht vor.

## Calmette über Lübecker Kindersterben

### Die Bazillen seien rein gewesen, jedoch im ungenügend ausgearbeiteten Lübecker Krankenhaus verunreinigt worden

Im nächsten Heft von Reclams Universalium wird ein Interview Prof. Calmettes veröffentlicht, das der bekannte Gelehrte einem Sonderberichterstatter der Wochenchrift über den im Lübecker Tuberkuloseprozeß behandelten Brockenkomplex gewährte.

Die Frage, warum er nicht selbst nach Lübeck gekommen sei, beantwortete Prof. Calmette mit dem Hinweis, daß ihn hierzu zweierlei Gründe veranlaßt hätten. Einmal habe er als Erfinder und gleichzeitiger Hersteller des Impfstoffes sich nicht in Diskussionen einmischen wollen, da er ja logischerweise von der Harmlosigkeit seines Präparats überzeugt gewesen sei. Ferner habe er den Zweck seiner Anwesenheit in Lübeck nicht einsehen können, da ja gleich zu Beginn des Prozesses festgestellt worden sei, daß seine dem Lübecker Krankenhaus eingesandten BCG (Bazillus Calmette-Guérin)-Kulturen vollkommen rein gewesen seien. Für ihn und für viele andere steh einwandfrei fest, daß das BCG erst im Lübecker Krankenhaus und an keiner anderen Stelle, mit sterilen Bazillen des Typus humanus verunreinigt worden sei. Bereits vor Monaten habe er aber in einem Schreiben an den Präsidenten des Lübecker Senats darauf hingewiesen, daß die Verantwortlichkeit Prof. Calmettes wesentlich dadurch vermindert werde, daß eben das Laboratorium des Lübecker Krankenhauses ungenügend ausgerüstet und daher für die Herstellung des BCG-Impfstoffes einfach nicht geeignet gewesen sei. Ueber rein biologische Fragen, wie z. B. darüber, ob das Lübecker Unglück auf ein plötzliches Viruswerden des BCG zurückzuführen sei, zu urteilen, dazu sei das Gericht gar nicht befugt.

Zu der im Lübecker Prozeß aufgestellten Behauptung, daß sich auch in Bulgarien ein größerer Unfallsfall mit dem Calmette-Präparat ausgetragen habe, erklärte der Gelehrte, das sei eine arm selig erfundene Lüge. Bisher seien über eine Million Kinder, und davon allein in Frankreich 400 000, mit dem BCG geimpft worden, ohne daß auch nur ein Unfallsfall eingetreten sei oder eine plötzliche Rückkehr zur Virulenz habe festgestellt werden können.

praktisch-technischen Inhalts über „Entwicklungswege unserer Arbeitsmaschinen auf manufakturlogischen Gedanken bei der Ausbildung zum Zahnbehandler“, die von den Herren Wiegner-Saerzel, Porschelm und Kowalsky in einem Beralich „Spezial-Bericht“ dem ab Dr. Heilmann in einem Beralich „Spezial-Bericht“ dem von einem hiesigen Optimismus getragenen Kulturwillen der Manufakturlogie herbeden Ausdruck. Den Schluß der Tagung bildete ein Vortrag Friedrich Herigs über „Änliche Studienreihe durch Frankreich“.

Wiazier-Abend Alfred Böhn — Martha Reill-Wagener. Werte und Ausführungen, die man an diesem Abend zu hören bekam, waren großartig. Martha Reill-Wagener macht ihrem Meister Alfred Böhn alle Ehre. Sie ist eine rhytmisch vorzüglich gewissenhafte, energische und immulsive Pianistin, die außerordentlich viel Fleiß auf die Ausarbeitung des Detalls verwendet. Sie blieb im Technischen der pianistischen Brillanz und im Ausdruck dem Klang- und Modulationsreichtum, den die unerlöschlichen Meisterwerke von Beethoven (Opus 68 und 96) und Mozart in sich bergen, nichts schuldig. Böhn hat als Führer eine seltene seltene Leistungen, die tief in das Innere des Werkes führen. Die Interpretation war so ideal, daß man nichts von „Aufsajungen“ spüren konnte, sie zeugte von höchster Objektivität.

## Würzburg und Tilmann Riemenhneider

Im Saale des Künstlerhauses sprach für die Mitglieder des Bad. Kunstvereins und des Vereins Bildender Künstler Rolf Keller über Würzburg und Tilmann Riemenhneider. Der Redner der sich bemühte, einen Ueberblick über Würzburgs baukünstlerische Entwicklung und einen Aufriß des Lebenswerkes eines ihrer größten Söhne, Tilmann Riemenhneider, zu geben, belebte seine Worte mit schönen Bildern. Würzburg, diese seltene Perle unter den deutschen Städten in heitere, fränkische Lande abgeteilt, von hochstehenden Kirchenfürsten und freien Bürgern zu Ansehen und Blüte gebracht, birgt eine Unmenge schöner, kunsthistorisch wertvoller Bauten aus allen Stilepochen. In Würzburg konnte ein Tilmann Riemenhneider leben und wirken, unvergessliche Werke schaffen, wie die Plastik des Adam und der Eva im jetzigen Kunstmuseum zu Würzburg, die Madonna im Neumünster, den Putzwerk zu Rothenburg (den Keller merkwürdigerweise verlag), die Grabmonumente Kaiser Heinrich II. und seiner Gemahlin Kunigunde im Bambergener Dom, die Barmhertige Christin in Melbourn und viele andere mehr, von denen die meisten im Bilde gezeigt und erklärt wurden.

# Hexenprozeß 1931

## Die Bäuerin, die „den Teufel melken“ kann

Vom Gericht in Pfaffenhofen (Wäbern) wurden drei Personen, die eine Dorleinwohnerin der Hexerei beschuldigt hatten, wegen Verleumdung und Verleumdung zu Haftstrafen verurteilt. Das Gericht verurteilte die bedingte Bewandlung.

Der Richter hatte über folgenden Fall zu entscheiden: In einem Dorfe, nahe Pfaffenhofen, baute ein kleiner Landwirt auf seiner arbeitsamen Klätsche. Da Kräfte in der Hauswirtschaft gebraucht wurden und die Mutter schon ziemlich hohen Alters war, beiratete der Bauer eine junge Frau aus der Umgegend. Mit ihrem Einzug in den Haushalt schied es in der Bauernwirtschaft vorwärts zu gehen. Die junge Frau verstand nicht nur die Haus-, sondern auch die Vieh- und Feldwirtschaft. Die Erfolge des Bauern erregten den Neid der Nachbarn und vor allem des Dorfwirts, der als Feind die armen Bauern tyrannisierte und ausnützte. Er war gewalttätig und politischer Herrscher des Dorfes zugleich.

Ein unbedachter Auspruch der Mutter des Kleinbauern wurde seinem Hofe zum Verhängnis. Mit besonderem Geschick wußte die junge Frau die Butterherstellung zu betreiben, die wichtigste Erwerbsquelle der Landwirtschaft dieser Gegend. Aus Freude darüber rief ihr die Schwiegermutter einmal im Hofe zu:

„Du bist a richtigas Butterheez!“

Der harmlose Treubausdruck einer alten Bäuerin brachte den Stein ins Rollen. Die vom Dorfwirt beeinflussten, mißgünstigen Nachbarn griffen das Wort „Butterheez“ auf, und im Raunen und Flüßeln, im Lulcheln und Zischen der Wirtsbaus, und Gefändelungen, in der Blödelei dörrlichen Klätsches wurde aus der harmlosen Bezeichnung eine wirkliche „Hexe“. Das Martyrium der jungen Frau begann —

Im ganzen Dorf wurde von jener Stunde an der junge Bauer und seine Haushaltung gemieden. In dunkler Nacht schrieb einer mit Kreide an die Tür:

„Hier wohnt die Heze G!“

Der Klätsch wucherte, Uberglauben blühte, und bald wurde jedes Wirtshaus in den einzelnen Bauernwirtschaften, jeder Mißerfolg im Dorfe dem Wirten der „Hexe“ zugeschrieben. Die Nachbarin ließ sich vom Betenführer besondere „Sympathiebilder“ aus der Stadt besorgen. Wöchentlich einmal wurde in einer der Bauernstuben, unter Aufsicht aller Klätschbuben beider Geschlechter aus dem Dorfe, die Besprechung und Beschwörung der Heze vorgenommen. Ja, einmal verließ sich die Nachbarin des Bauernhofes so weit, daß sie am frühen Morgen einen Melkemeier mit Striden an der Hauswand befestigte, und unter dem Raunen eines Sympathiepredigers:

„Stripp, Strapp, Strill, kann melken wie ich will . . .“

schrie sie an den Striden die Melkbewegung nach. Als der Bauer,

empört über solche Provokationen, sich gegen die Nachbarin wandte, erklärte sie ihm: „Deine Heze kann ja selbst den Teufel melken.“ Da geschah eines Tages, nachdem der Bauer seine letzte Schuldsumme aufgezahlt und zurückgezahlt hatte, daß sich wiederum die anderen Bauern und Bäuerinnen zusammenrotteten und durch das Dorf demonstrierten. Schilder wurden vorangetragen mit der Aufschrift:

„Hinweg mit der Heze G.“

Und nach einer kurzen Versammlung auf dem Dorfplatze spendete der Dorfwirt einen Klätsch Holz zu einem

Scheiterhaufen für die Hexenverbrennung.

Ubergäubiger Fanatismus, läbliche Sturheit und häßlicher Stumpfheit hatten eine Atmosphäre im Dorfe geschaffen, die für den jungen Bauer und seine Frau unheilvoll war. In seiner Not fand er keinen anderen Ausweg, als den Amtmann in Pfaffenhofen anzusuchen und um Hilfe nachzusuchen. Das half zunächst.

Als die Nachricht von einer gerichtlichen Untersuchung wegen der Hexenverfolgung im Dorfe eintraf, ließ man die „Hexe“ in Ruhe und kümmerte sich zunächst kaum um Erfolg oder Mißerfolg dieses Bauernhofes. Bei den Vernehmungen leugneten alle Beteiligten, je an Hexen geglaubt oder läbliche Nachrede geführt zu haben. Sogar der Dorfwirt bestritt, daß er an den wilden und gefährlichen Gerüchten gegen den Bauer und seine Frau glaubt sei, obwohl ihm nachgewiesen werden konnte, daß er tatsächlich einen Klätsch Holz für den Scheiterhaufen zur Hexenverbrennung gestiftet habe.

In der Gerichtsverhandlung, die sich den Vernehmungen angeschlossen, wußten alle nichts mehr von einer Heze. Trotzdem wußten der Bauer und seine Frau sich unter dem Klätschterror des Dorfes noch immer gedrückt, und ihre eingetragenen Gesichter bewiesen,

welchen Schaden wahrwahriger Uberglaube unter Menschen anrichten vermag.

Trotz der schlimmen Wirkungen der Heze gegen das Butterheez fanden die Anstifter milde Richter. Nur aus geringe Haftstrafen, mit sofort ausgesprochener bedingter Bewandlung trugen die drei Hauptschuldigen — der Dorfwirt, die böse Nachbarin und ein fanatischer Bauer — davon. Es ist schon heute abzulehnen, daß bei dieser milden Sühne gegen den Wahnsinn des Uberglaubens sich das Gericht vom Wirten der Heze bald neu erheben wird.

Wie die Chroniken berichten, verbrannte man die letzte Heze 1782 zu Glarus in der Schweiz. Es blieb dem

Zeitalter der Technik und Rationalisierung.

höchster bürgerlicher Kultur vorbehalten, einhundertfünfzig Jahre später einen Hexenprozeß neu aufleben zu lassen. Und das geschah, 1931, zu Pfaffenhofen in Bayern.

# Geheimnisse

## Zur Reform der Sozialversicherung

Die Pläne des Reichsarbeitsministeriums über die Reform der Sozialversicherung werden, sobald das Kabinett dazu Stellung genommen hat, mit den Gewerkschaften besprochen werden. Ihre Veröffentlichung ist für Ende November vorgesehen. Einmalen hält sich das Ministerium noch stark in Stillhalteverweilen. Nur die dem Reichsarbeitsminister nahestehende Presse bringt einige Andeutungen über die geplante Verwaltungsvereinfachung.

Danach soll die Absicht bestehen, durch Zusammenlegungen 20 Landesversicherungsämter zu schaffen. Deren Aufgabe sei die Verteilung aller Zweige der Sozialversicherung, mit Ausnahme der Anstelltenversicherung. Diese 20 Landesversicherungsämter würden direkt dem Reichsarbeitsministerium unterstehen. Eine verbunden sei eine Vereinheitlichung des Beitragseinzugs, der für die Krankenkassen, die Invalidenversicherung, sowie die kleinen gewerblichen und landwirtschaftlichen Unfallversicherungen bei den Krankenkassen zusammengefaßt werde. Die Errichtung einer Sozialbank, die nicht nur sämtliche Sozialbeiträge einziehe, sondern auch Mittel für die Leistungen zuteile, liegt nicht in der Absicht der maßgebenden Stellen. Geplant sei nur die Zusammenfassung des Beitragseinzugs.

Das Ministerium hat es bisher vermieden, zu diesen Andeutungen etwas zu sagen. Wir halten das nicht für richtig. Denn weitgehend sind diese Andeutungen nicht aus den Fingern gelogen, und wenn das der Fall ist, dann haben die Stellen, die nicht dicht hielten, auch die Pflicht, Klarheit zu schaffen.

Bis jetzt hat nur Bayern praktisch bereits einen Schritt zur Verwaltungsvereinfachung in der Sozialversicherung unternommen. Es hat der Verordnung bestimmt, daß ab 1. Januar die Zahl seiner Landesversicherungsanstalten von 8 auf 6 vermindert wird. Zusammengelegt werden die Landesversicherungsanstalten von Niederbayern und Oberpfalz sowie die von Ober- und Mittelfranken.

Eine kräftige Zusammenlegung der Zahl der Landesversicherungsanstalten ist notwendig. Ebenso auch eine Vereinheitlichung in der Abwicklung der Rentenstreitigkeiten bei Einprüfungen. Diese Aufgabe soll, wie verlautet, in erster Linie durch die Schaffung besonderer Kommissionen gelöst werden, in denen Arbeitgeber und Versicherte Sitz haben sollen, und nach deren einstimmigen Entscheidung kein weiteres Rechtsmittel mehr in Anspruch genommen werden könnte.

Die „Sozialversicherungsbank“ ruft schon seit einiger Zeit in der Presse. Allem Anschein nach handelt es sich dabei tatsächlich nur um einen Spott. Anders liegt es mit der Vereinheitlichung des Beitragseinzugs, für die ja die Schaffung einer besonderen Bank nicht notwendig ist. Einheitliche Gestaltung des Beitragseinzugs und der Beitragskontrolle ist ein Ziel — aufs innigste zu wünschen. Das bisherige versetzte, umständliche und zeitraubende Kon-

trollsystem ist abbaufähig. Es war auch eine starke Belastung für den Unternehmer, der von den Kontrolluren der verschiedensten Sozialversicherungsämter aufgesucht werden mußte. Ueber die Notwendigkeit der Vereinheitlichung des Beitragseinzugs besteht kein Streit mehr. Die Frage ist nur, wie und auf welchem Weg diese Vereinheitlichung erfolgen soll. Der Einzug über die Post, der bisher bereits bei einigen Sozialversicherungsämtern erfolgte, hat sich bewährt. Die zweimalige Verrechnung im Monat ging leicht und prompt vor sich. Auch arbeitet die Post am billigsten. In Gewerkschaftskreisen befürwortet man daher sehr stark eine Vereinheitlichung des Beitragseinzugs auf dem Weg über die Post.

Die Gewerkschaften fordern seit langem schon eine einfachere, zweckmäßigere und daher billigere arbeitende Verwaltung der Sozialversicherung. Leute, die von den Dingen nichts verstehen, brauchen das natürlich nicht zu wissen. Zu diesen Ignoranten gehören auch unsere Nationalsozialisten. Sie tun so, als ob die Gewerkschaften keinen Abbau des Verwaltungsapparates der Sozialversicherung wollen, um für ihre Funktionen „fette Pfünden“ zu schaffen, und daher haben die Nazis in der Frage der Reform der Sozialversicherung auch nur eine einseitige Forderung anzumelden, nämlich Abbau der „Buttertruppe“ für sozialdemokratische Parteibuchbeamtete. Daß es in der Sozialversicherung auch so etwas wie ein Recht der Versicherten gibt, ist den Nazis unbekannt. Viele Versicherten wollen verstärkten Einfluß in der Sozialversicherung, und darum kämpfen die Gewerkschaften und ihre Vertreter in den einzelnen Versicherungsämtern; denn die Zulage der Reichsversicherung in Artikel 161: „Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorbeugung gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechseljahren des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten“ ist noch immer nicht erfüllt, und gerade jetzt, wo die Sozialreformpläne des Reichsarbeitsministeriums vor dem Abbruch stehen, muß erneut und mit Nachdruck an diesen Artikel der Reichsverfassung erinnert werden. Den Nationalsozialisten ist der Einfluß der Versicherten vollkommen schnuppe. Jönen kommt es nur darauf an, ihre Kreaturen in ein gemachtes Nest zu legen. Die Herrschaften, die weder für den Auf- und Ausbau der Sozialversicherung noch für die Stärkung des Einflusses der Versicherten einen Finger gerührt haben, möchten jetzt ernten, wo sie nicht gesät haben. Für diese Herrschaften ist die Sozialversicherung allerdings nichts anderes als eine Futtertruppe.

Wenn aus dem „Kern“ der Sozialversicherung, den der Reichsarbeitsminister über die Krise hinüberreiten will, noch einmal ein Baum werden soll, unter dem im sozialen Frieden die Wälder wohnen können, dann nur durch die Gewerkschaften. Das Reich der Nazis wäre ein steiniger Boden für die Sozialversicherung.

# Aus der Stadt Durlach

Frauenaktion der SPD. Am Mittwoch, 18. Nov., abends 8 Uhr, findet im Vortragsaal der Volkshochschule ein Filmvortrag statt über: 1. Sozialistische Fürsorgeerziehung aus dem Innenhof; 2. Die Volkshochschule. Hierzu laden wir alle Genossinnen und Genossen sowie Volksfreundlicher herzlich ein. Eintritt frei.

## Arbeiterwohlfahrt

Morgen Mittwoch, 18. November, abends 8 Uhr, findet im Vortragsaal der Volkshochschule eine Filmvorführung statt. Es werden zwei Filme gezeigt: 1. Sozialistische Fürsorgeerziehung auf dem Innenhof, der Erziehungsanstalt der W.R. 2. Die Volkshochschule. Es dürfte die gesamte Arbeiterchaft interessieren, unter welchen pädagogischen Gesichtspunkten die Fürsorgeerziehung durchgeführt

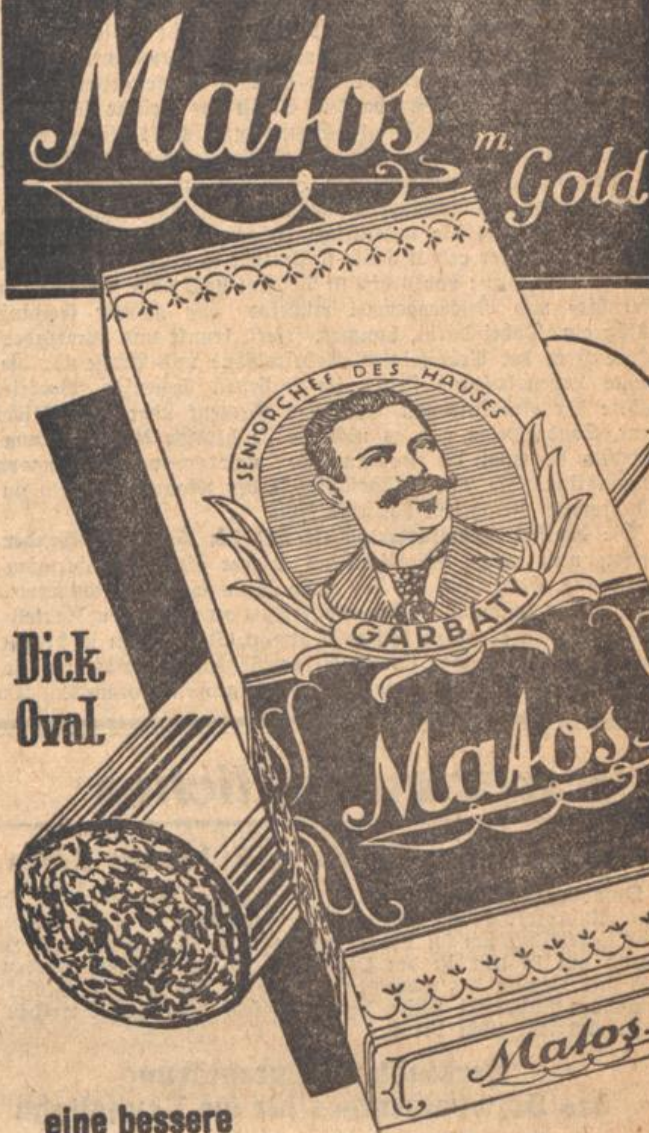
wird. — Auch der Film über die Volkshochschule dürfte alle Kreise der Arbeiterchaft interessieren. Der Eintritt ist frei. Wir bitten unsere Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, besonders aber die Mitglieder der Rathausfraktion, sowie alle Frauen, diese weitgehend aktuelle Veranstaltung durch zahlreichen Besuch unterstützen zu wollen.

Kinderfreunde Durlach. Note Falken: Mittwoch, 18. November, Singen und Spielen im Dorf. Fris lernt uns neue Lieder. — Jung-Falken: Mittwoch, 18. Nov., nachmittags 3 Uhr, im Dorf, Arbeitsgemeinschaft. Jeder Falke hat ein Weisheit und Papier dabei. — Heiß-Falken: Sonntag, 21. Nov., nachmittags 3 Uhr, Zusammenkunft im Dorf. Sonntag, 22. Nov., nachmittags 3 Uhr, im Dorf Kaspartheater. Jeder, der Lust und Liebe hat, kann kommen. Freundschaft!

Schweinemarkt am 14. November. Der Markt war besahren mit 76 Läuferweinen, 197 Ferkelweinen. Verkauft wurden 60 bzw. 165. Preis der Paar 20 bis 28 M., bzw. 8—18 M.

# Höchstes Lob!

Kann es für unsere NEUE



eine bessere Empfehlung geben, als daß jeder, der sie einmal probiert, in ihr die vollwertige Schwester der berühmten

# 3 1/3 Pfg.

KÖNIGIN VON

# SABA

ohne



erkennt und begeistert raucht.

# Zinststeuerung und Bankkartelle

## Wo bleibt der Eingriff des Staates?

Wir erhalten folgende Zuschrift: Das konzentrierte Großkapital der führenden deutschen Wirtschaftskräfte in ihrer dominierenden ökonomischen Machtposition erschütterte unsere gesamte Wirtschaftspolitik. Im letzten Vierteljahr sind die folgenschwersten Schicksalsschläge auf die Großwirtschaft niedergelassen. Die tonangebenden Großbanken haben mehr als die Hälfte des bisherigen Vertrauens eingebüßt und infolgedessen einen umfangreichen Kreditkreis verloren. Dieses Vastat des Bankgewerbes bringt eine nie geahnte Vertiefung des Realcredits, die lähmend die abgewirtschafteten Mittelstandskreise geradezu ausbeutet. In keinem anderen Wirtschaftszweig ist der brutale Kartellabsatz so überhand genommen wie bei den Großbanken. Selbst der kleinste Unternehmer, der Bankkredit in Anspruch nehmen muß, zahlt mit Kredit- und Ueberziehungsprovisionen Zinsen und Spezialzinsen im Soll 12 bis 15 Prozent. Diese verschleierte Zinszuschläge, manchmal mit Verzinsungs- und Umlaufprovisionen beiseite, sind kaufmännisch und volkswirtschaftlich die weitestgehende Ursache unserer Arbeitslosigkeit. Der Geldeinleger erhält 5 bis 6 Prozent Bruttoverzinsung und die übrige Zinsspanne von 6 bis 10 Prozent fließt ohne Einschränkungen der Gerichts- und Gesehesamkeit in das private Geldinstitut ruhig ein. Dabei darbt, hungert, friert, krankt und verelendet das große Heer der Arbeitslosen. Arbeitslöhne und Preise für die gesamte Lebenshaltung stehen im trassierten Gegenatz. Vorkrieglich zahlte der Kreditnehmer vielfach 1 Prozent über dem Reichsbankzins, Sonderzinsen gab es nicht. Diese heutige Uebersteuerung des Kredits ist wohl die Hauptursache unserer verzweiflungsvollen Situation. Die Anpassungsfähigkeit des Monopolkapitals an die abnormalen Weltmarktverhältnisse fehlt.

Die deutsche Arbeitnehmerschaft und die Gewerbetreibenden erhoffen vom neuen Wirtschaftsrat wieder einmal Richtlinien zur Besserung. Man kann sich des wehleidigen Gefühls nicht erwehren, daß sich das zuständige Reichsministerium gegenüber dem Kartell- und Preisproblem geradezu hilflos benimmt. Dabei sitzen in diesem der Verbürgung dienenden Gremium des Reichswirtschaftsrates die unerschütterlichen Teuerungsinteressen großen Formats. Truste,

Syndikate und Kartelle verteidigen in strukturell besetzter Presse und in hartnäckiger Kartellbürokratie die weiterver... Hochhaltung aller Preise. Die staatlichen Subventionen, die in Uebernektionen festgelegt sind, spiegeln sich in den überhöhten Direktoren- und Sondiergehältern. Das Generaldirektorenwesen lebt immer noch in Scheinblüte. In den bürokratischen Regierungsorganen fertigen die bestellten Wirtschaftskräfte Statistiken, Denkschriften und Programme, derweil das staatlich nicht überwachte Vorkapital mit ihren fingierten Marktanalysen die verarmten Verbraucher- und Konsumentenkreise in fabelhafter Weise auspowert. Der besetzte Anhänger des Dritten Reiches nutzt die Verzweiflungs- und die Kartellpolitik der Wählermasse weidlich aus und treibt mit dem hakenkreuzerischen Sozialismus Schindluder großen Stils. Die Einheitsfront der Truste- und Kartellführer kennt keine Weltanschauungsfrage religiöser Inhalts, noch viel weniger die ausgleichende Idee der Völkerverständigung. Jede Profitgier führt in diesen Wirtschaftskreisen zum Standpunkt des Ueberlebensgehens. Der Kapitalismus will seine Preislenkung und eine freiwillige Verständigung zwischen Vertellung und Verbrauch ist ihm undisfunktabel. Die Umgestaltung der Wirtschaft wird eckelhaft gehemmt. Man läßt Kaffeegärten ins Meer versenken und Tausenden von Tonnerbaumwäldern wird durch das Feuer der Schieber und Wadler rücksichtslos verbrannt. Das verdienstlose Arbeitnehmergebiet wird müde gemacht. Die Unterernährung freier. Die bleichen Wangen setzen Volksleiden an. Die geistige Not und der Lebenswille werden systematisch niedergebaldet und mit ganz bestimmter Absicht ins möstliche, religiöse Fahrwasser zu Leiten verführt. Der sozialistische Denker kennt diese jeitliche Verhängnislichkeit.

Die Preisbildung am heutigen Warenmarkt hängt am innigsten von diesem volkswirtschaftlichen Gezeir der Großbanken ab. Die bürgerliche Reichsregierung sollte in einer Notverordnung diesem Zinsproblem der Geldfrist schneidends durch antike Vorkehrung über die Einführung einer höchsten Zinsgrenze Einhalt gebieten. Was lehren die diesjährigen Zusammenbrüche der Großbanken?

## Gewerkschaftliches

### Streik in den Duisburg-Ruhrorter Häfen

Duisburg-Samborn, 16. Nov. In einzelnen Betrieben der Duisburg-Ruhrorter Häfen kam es heute vormittag zu einem Teilstreik. Der Streik hat sich im Laufe des Tages weiter ausgedehnt. Heute abend um 18 Uhr ist der Streik offiziell proklamiert worden, so daß mit Beginn der morgigen Frühlicht die gesamte Arbeit der Duisburg-Ruhrorter Häfen befristet wird. Von Streik werden die Ruderbetriebe nicht berührt.

### Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches für die Reichsbahn

Berlin, 16. Nov. Im Lohnstreik bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft wurde heute der Schiedspruch vom 11. November vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt.

### Unternehmer provozieren

Die bayerischen Textilindustriellen provozieren. Die verlangen nicht weniger als 20 bis 40 Prozent Lohnabbau, und die Augsburger Textilherren, die ihre Belegschaften am 21. November ge- kündigt haben, ließen in ihren Betrieben durch Anschlag bekannt geben, daß nur die Arbeitskräfte weiter beschäftigt würden, die bis zum 16. November abends sich mit den vorgeschlagenen neuen Lohnsätzen einverstanden erklären. Die neuen Hungerlöhne bewegen sich für Arbeiter vom 15. bis 25. Lebensjahr zwischen 20 und 50 Pf. pro Stunde und für die Arbeiterinnen in den gleichen Altersstufen zwischen 19 und 37 Pf. — Was hier die Textilunternehmer fordern, bedeutet nichts anderes als die Befestigung von 8 Lohn- erhöhungen auf einen Schlag. Auch in der bayerischen Textilindustrie, wo ebenfalls seit vielen Monaten Kurzarbeit besteht, sind die Textillöhne im Begriff, weit unter die Kürzungsstufe zu sinken.

Die dem Verband der Metallindustriellen Ruffels angeschlossenen Firmen haben sämtlichen Arbeitern zum 28. November gekündigt. Der Ruffeler Schlichtungsausschuß hatte einen Spruch gefällt, wonach die Affordbörne um 5 Prozent und die Affordbasis von 15 auf 12 Prozent herabgesetzt werden, während die Tariflöhne bestehen bleiben sollen. Die Arbeitgeber hatten eine Senkung der Löhne und Affordbörne um 20 Prozent gefordert. — Auch in Ruffel wollen die Metallindustriellen den neuen Lohn einfach diktieren.

Zahlreiche Unternehmer im schließlichen Transport- und Verkehrs- gewerbe kündigen gegenwärtig — vermutlich auf Anweisung des Arbeitgeberverbandes — ihren Arbeitern das Arbeitsverhältnis, ohne den Ablauf der Erklärungsfrist zu dem kürzlich gefällten Schiedspruch abzuwarten, der eine Lohnkürzung von 5 Prozent vorsieht. Zwecklos steht hinter diesem Treiben die Absicht, den Arbeitern einen noch stärkeren Lohnabbau aufzuzwingen. Angesichts der Erbitterung unter den Arbeitern ist es nicht ausgeschlossen, daß im gesamten schließlichen Transport- und Verkehrs- gewerbe eine Arbeitsniederlegung erfolgt.

### Zwei Minuten Hauswirtschaft!

Großknechtchen — welcher Mann vernünftiger das Schwendenswort nicht über so schrecklich wie früher ist die Gabe doch nicht mehr. Und Sie wissen ja: Die Männer sehen nur die Schattenseiten. Auch hier heißt es: Alles will verstanden sein. Wer sich in Wasch- und Reinigungsarbeiten auskennt, der steht der Schwand mit Räden entgegen. Vers! — 1M1 — Na, das sind Helfer, auf die Sie vertrauen können! Mit ihnen den Kampf gegen die Schlange Schmutz aufzunehmen, ist eine Kleinigkeit!

## Partei-Nachrichten

Söllingen, Amt Karlsruhe. Wir weisen auf die am Mittwoch, 18. November, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum“ stattfindende öffentliche Versammlung nochmals hin. An Stelle des verabschiedeten Gen. Schöpflin spricht Redakteur Gen. Pöhlmann - Worsheim. Da auch er mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen durchaus vertraut und außerdem glänzender Redner ist, erwarten wir von den Genossen intensivierte Werbung für Massenbesuch dieser Versammlung.

## Volkswirtschaft

### Neue Währung?

Das Städtische Sparkassenamt Karlsruhe schreibt uns: Die Gegenwart scheint eine gute Zeit für Projektmacher zu sein. Die Not macht die Menschen mehr als sonst empfänglich für alle Pläne, die den Schein erwecken, als ob sie eine Besserung bringen können. Solche scheinbaren Heilpläne laufen besonders häufig auf eine Umgestaltung der Währung hinaus. Die einen wollen eine ganz neue Währung einführen (sinnloses Geld, Wära, Schwund- geld, Festmark usw.), andere wieder wollen neben unserer Reichs- markwährung noch eine besondere Währung lediglich für das In- land schaffen (Binnenmark u. a.). Alle diese Pläne kommen — ihren Urhebern sicher unbekannt — entweder darauf hinaus, daß alles so bleibt wie es ist, also nur der Name oder das Aussehen des Geldes geändert wird; eine solche Währungsänderung wäre also unnütze Arbeit. Oder aber die Projekte bräutern eine Geldentwer- tung. Dann ändert sich allerdings mehr als nur das Neuhetz; diese tiefer gehenden Änderungen haben wir jedoch alle schon ein- mal in der Inflationszeit bis 1923 erfahren, sie dürfen nie mehr eintreten. Auch die Einführung einer Binnenmark würde Inflation bedeuten, denn entweder müßten entsprechend der Aus- gabe von Binnenmark Reichsmark eingezogen werden, dann hätte sich nichts geändert außer dem Namen; oder die Binnenmark würde neben der Reichsmark ausgegeben, das wäre dann eine gefährliche Geldvermehrung. Außerdem würden alle das bessere Geld, nämlich die Reichsmark, hamstern, das bessere Geld würde durch das schlech- tere verdrängt. Das Ergebnis wären ein heilloser Witzwarr und unerwünschte Störungen im Zahlungsverkehr. Aus allen diesen Gründen können alle verantwortlichen Stellen solche und an- dere Währungspläne ab-

## Schwindelmeldungen

### über verbilligte Bananenfracht

In verschiedenen Tageszeitungen erschien in letzter Zeit eine Notiz, wonach die Deutsche Reichsbahn die Einfuhr von Bananen durch besondere Frachtermäßigungen begünstigt und dadurch den Ab- sag einheimischen Obstes benachteilige. Diese Meldung beruht auf einer unrichtigen Beurteilung der Frachtlage. Die Frachtlage für Bananen gründet sich nicht auf die Frachtsätze von Bremen,

Bremerhaven und Hamburg auf den Reichsbahnstrecken nach Süd- deutschland, sondern ist maßgebend bestimmt durch die von den Häfen Rotterdam, Antwerpen und Le Havre durch die beteiligten Auslandsbahnen festgelegten Frachten. Mit den Frachtsätzen ab Bremen, Bremerhaven und Hamburg tritt die Reichsbahn lediglich in die bereits bestehenden Frachtlage der ausländischen Linien- reisebahnen ein. Sie muß dies tun, um den Verkehr der deutschen Seehäfen, der deutschen Schifffahrt und den deutschen Eisenbahnstrecken zu erhalten, damit der Frachtdienst nicht aus- ländischen Transportunternehmungen und Häfen zuante kommt. Dies liegt im Interesse der Beschäftigung deutscher Arbeitskräfte und Kapitalien. Es ist ferner unrichtig, daß die Reichsbahn durch Ermäßigungen die Bananeneinfuhr steigere, denn die Reichsbahn gibt keine Ermäßigungen, sondern sie übernimmt lediglich die be- reits bestehenden ausländischen Ermäßigungen auf ihre Strecken. Wenn die Reichsbahn diese Ermäßigungen nicht übernehmen würde, käme die gleiche Bananemenge eben auf ausländischen Beförder- ungswegen ins Land. Was das deutsche Obst anbetrifft, so hat die Reichsbahn in den letzten Wochen in verschiedenen Ausnahmefällen (A 1 16 o und p) weitere Ermäßigungen von 25 Prozent des seither für Obst gültigen Notariffs gegeben, die nur der deutschen Obstzeugung und dem deutschen Verbraucher zugute kommen.

## Letzte Nachrichten

### Verhaftung

#### im Schultheiß-Pagenhofer-Skandal

##### Ludwig Kagenellenbogen festgenommen

Berlin, 16. Nov. (Eia. Drab.) Der in den letzten Wochen im Zusammenhang mit dem Kagenellenbogen-Schultheiß-Pagenhofer- Skandal viel genannte Industrielle Ludwig Kagenellenbogen ist am Montag abend in Berlin inhaft genommen worden. Diese Maßnahme wird von der Staatsanwaltschaft damit be- gründet, daß bei Kagenellenbogen Fluchtverdacht vorliege. Kagenellenbogen wurde dem Untersuchungsgefängnis in Berlin-Weißhof eingekerkert. Es wird ihm vorgeworfen, daß er die Aktionäre bei Schultheiß-Pagenhofer wesentlich geschädigt habe. Voruntersuchung ist zugleich gegen die Direktoren Tomplin, Dr. Sobornheim, Kuhlman und Funke eröffnet worden, und zwar weil sie in einer Aufsichtsratsung und in einer Generalversammlung wesentliche falsche Angaben abgeben haben. Bei dem in Frage kom- menden Dr. Sobornheim handelt es sich um einen Bruder des be- rühmten Bankdirektors Sobornheim von der Commerzbank.

## England auf schutzpöllnerischen Bahnen

### Maßnahmen gegen „Dumping“

SPD. London, 16. Nov. (Eia. Drab.) Das erste Zustandnis, das die konservative Mehrheit der Nationalregierung in Bezug auf die Schutzölle erreicht hat, wurde am Montag im Unterhaus vom Handelsminister angeündigt. Er kündigte nämlich an, daß das Handelsamt durch ein Gesetz ermächtigt werden solle, auf solche Artikel, die in Erwartung eines Mangels zunächst vom Ausland in vergrößertem Maße nach England eingeführt werden, einen Zoll bis zu 100 Prozent des Wertes zu erheben. Dieses Ermächtigungsgesetz soll bis Donnerstag in Kraft treten und am Freitag vom Kabinet unterzeichnet werden. Die Ermächtigung gilt für sechs Monate. Die landwirtschaftlichen Produkte sollen ausgenommen werden, da das System der englischen Landwirtschaft geordnet behandelt werden soll. In Aussicht genommen sind in erster Linie Zölle auf Fertig- fabrikate.

### Snowden zum Lord ernannt

London, 16. Nov. Snowden hat den Titel Viscount erhalten. Er wird damit seine parlamentarische Tätigkeit im Oberhaus weiter ausüben.

## Tagungen

### Stenographentagung. Der mittelbadische Bezirk des Badischen Stenographenverbandes für Einheitschrift hielt am Sonntag, 8. d. M., in Baden-Baden seine diesjährige gutbesuchte Jahres- tagung ab. Das Weltfestschreiben, an dem etwa 150 Jünger der Ein- heitschrift teilnahmen, fand am Sonntag vormittag in der Oberrealschule statt. Die Geschäftsleitung hierbei hat der Reichstags- schriftführer Karlsruhe (Geburtsjahr 1872 — Stolze-Schrenk 1905) in der Schreibeisführungswahl mit 200 Stimmen in der ersten durch sein Mitglied, Herrn Rud. ing. Fröhner, durchgeführt. Auch der Ehrenpreis der Stadtverwaltung Baden-Baden und ferner der Ehrenpreis der Kreisverwaltung Baden-Baden, sowie vierpreise- dene 1. Preise wurden erzielt. So darf der Reichstagschriftführer auch das Ergebnis des kurzfristigen Wettbewerbs in Baden- Baden als einen großen Erfolg bezeichnen, zur großen Freude seiner Mitglieder und zur Genugtuung seiner Unterrichtsleiter. In der am nachmittag stattgehabten Vertreterversammlung wurde der leitende Bezirksleiter, Herr Prof. Dr. Clemen z - Brudlial, nach Erörterung des Jahresberichts und nach Befredung interner Angelegen- heiten wieder einstimmig mit diesem Amte betraut. Die Tagung nahm in allen Teilen einen sehr angenehmen und harmonischen Ver- lauf und trug in hohem Maße zur Förderung der deutschen Ein- heitschrift bei.

### Wasserstand des Rheins

Basel 8, gef. 7; Waldshut 206, gef. 5; Schutterinsel 60, gef. 2; Rebl 219, gef. 2; Maxau 383, gef. 4; Mannheim 261, gef. 3 Strm.

**Obstverkauf** 2000 Mark gegen Sicherheit aus Privat- hand zu leihen gesucht. Zu erit. unt. H1636 im Volksfreund.

**Damenkleider** von 4.4 an angefertigt, außer 88 garantiert, außer 88 bei Frau Fischer, Blumenstraße 25, 11.

**Wohnung** sofort zu vermieten (Reubau) 2-3 Zimmer, ar. Küche, Keller und Speicher für 25.- 4. Pianoforte, Haupt- straße 15. Kallteile des Verkehrs-Kat. 8364

**Rudolf Kummerle** Kaiserstraße 93 Telefon 2675 Das gute Spezialgeschäft für Bürsten und Toilette-Artikel

**Schweinefleisch** zu verkaufen das 70 Pfennig. Nagel, Wiant nloch, Eagensteiner Straße 53

**Herren-Mantel** zu verkaufen, für klein Fig. Seubertstr. 13, p. r.

**Kind** wird in liebe- volle Pflege genommen. Off unter K.1590 an d. Volksfr.

**Gaggenauer Anzeigen** Die Bekämpfung der Maul- und Rauscheude. Das Bad. Bezirksamt Rastatt teilt mit: Nachdem in der Gegend von Rastatt und die dortige Gemeinde in den Umkreis von 15 km vom Seidenort fast, werden für die dortige Gemeinde folgende Maß- regeln angeordnet:

**Verboten** 1. Die Abhaltung von Rausenbiemärkten, mit Ausnahme der Schachbiemärkte in Schwabmühlbach, sowie der Rastatt in Rausenbiel auf Rastatt und Rastattmühle. Dieses Verbot erstreckt sich auch auf markt- ähnliche Veranstaltungen. 2. Der Handel mit Rausenbiel, sowie mit Geflügel, der ohne vorgängige Befestigung entweder außerhalb des Gemeindegrenzes der gewöhnlichen Niederlassung des Händ- lers oder ohne Begleitung einer solchen

3. Im gleichen Umkreis sind verboten: a) Viehmärkte und öffentliche Tiergauen, soweit sie andere Tiergattungen als Wiederläufer und Schweine betreffen; b) Jahr- und Wochenmärkte, aus- wem auf ihnen Vieh nicht gehandelt wird; c) Auktionen von Tieren jeder Gattung. Vorliegendes bringt es hiermit zur öffent- lichen Kenntnis. Gaggenau, den 16. November 1931.

**Der Bürgermeister,** J. B. Fris.

**Brennholzverteilung.** Die Stadtgemeinde Gaggenau verteilte am Donnerstag, den 19. ds. Mts., nach- um 2 Uhr, im Gemeindegarten links der Mura (Abt. 17 Schürloch) ca. 130 Ster (nehl- buehene) Schellerholz. Zusammenkunft an der Murgstraße. Gaggenau, den 16. November 1931.

**Der Bürgermeister,** J. B. Fris.



# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

17. November.

1776 \*Historiker Fr. Chr. Schloffer. — 1917 †Französischer Bildhauer Auguste Rodin. — 1917 †Aufstand in Finnland, Regierung der Sozialisten. — 1918 Proklamierung der Republik Ungarn. — 1924 Rücktritt des österreichischen Bundeskanzlers Seidel. Folat Kamef. — 1927 †Ad. Zoffe-Moskau (Treibold). — 1929 Preußen: Gemeindevahlen.

## Gegen die Mordhege

Die Parteileitung der Ortsgruppe Karlsruhe der SPD nahm in ihrer getrigen Vorstandssitzung einen eingehenden Bericht über den Umfang und den Charakter der von nationalsozialistischer Seite aus betriebenen Mordhege entgegen. Die Erbitterung über die Schwächlichkeit der Regierungen gegenüber der unverhüllten Bürgerkriegspropaganda der Nationalisten, kam in den schärfsten Worten zum Ausdruck. Nicht minder aber auch der ernste Wille, zu den erforderlichen Gegenmaßnahmen zu schreiten, beziehungsweise die bereits bestehenden Abwehrorganisationen unverzüglich zur erfolgreichen Abwehr zu mobilisieren. Auch die Parteileitung der Karlsruher Sozialdemokratie erwartet bestimmt, daß sowohl die Reichstagsfraktion wie die Fraktion des Landtags mit dem stärksten Nachdruck den entschlossenen Kampf gegen die nationalsozialistische Mordhege fordern. Die Sozialdemokratie verlangt keineswegs einen Polizeikampf gegen politische Bewegungen, aber sie fordert von der Staatsgewalt rücksichtsloses Vorgehen gegen alle auf die Injanzierung eines Bürgerkrieges gerichteten Bestrebungen.

## Der frühere Karlsruher Stadtbauamtsdirektor Bronner †

Aus Dortmund kommt die betrübende Kunde, daß der frühere Karlsruher Stadtbauamtsdirektor Genosse Emil Bronner im Alter von 52 Jahren gestorben ist. Eine Lungenentzündung hat ihn dem würdevollen Tod überliefert. Sein Hinscheiden wird von allen, die den in jeder Hinsicht vorzüglichen Menschen und seine geleistete Arbeit gekannt haben, tiefes Mitleid erwecken.

Genosse Bronner, ein geborener Karlsruher, war ein Mann von reichem fachlichem und allgemeinem Wissen, ein Arbeiter von größter Schaffenskraft und Energie, von reicher Begabung, festem Charakter und sozialer Gesinnung. Die Krönung seiner Karlsruher Tätigkeit war die Schöpfung des Karlsruher Generalbebauungsplanes, eine geniale Arbeit, die ihm allerdings nicht nach Gebühr anerkannt wurde. In der Karlsruher Presse, soweit sie über das Wirken Bronners berichtet, wird die Tätigkeit Bronners rühmend gewürdigt und er als Schöpfer des Generalbebauungsplanes gewiesen. Wir freuen uns darüber, daß ihm dieses Lob zuteil wird, weil sonst eine gewisse bürgerliche Presse mit dieser Anerkennung sehr zurückhaltend ist, sobald es sich um einen Sozialdemokraten handelt. Und Bronner war Sozialdemokrat! Aber nicht materielle Triebe führten ihn zu unserer Partei, sondern seine soziale Gesinnung und die Überzeugung, daß die kapitalistische Gesellschaft mit ihren Ungerechtigkeiten durch eine Gesellschaft der Gemeinwirtschaft, durch den Sozialismus, abgelöst werden muß, wenn das Leben aller Menschen lebenswert sein soll. In diesem Sinne hat Bronner auch gearbeitet und seine hervorragende Arbeitskraft in den Dienst der Gemeinschaft gestellt. Schon bevor Bronner offiziell der Sozialdemokratie beitrug, war er als sozialistisch gesinnte Persönlichkeit bekannt, was für ihn oft zum Nachteil wurde. Für ihn war es eine Selbstverständlichkeit, daß ein Gemeindevorstand sich wirtschaftlich und politisch einer Partei anschließen hat, deren Ziel die Errichtung der Gemeinwirtschaft ist. Bronners vornehme und soziale Gesinnung zeigte sich auch in der Tat und es war deshalb kein Wunder, wenn die ihm unterstellten Arbeitskräfte ihn, der sie als Mitarbeiter und nicht als Untergebener behandelte, außerordentlich verehrten. Dieses ideale Verhältnis kam auch anlässlich seines Wegzuges von Karlsruhe nach Dortmund zum Ausdruck, wo der Gemeindevorstand seiner Funktionäre zusammenrief, um mit Bronner eine Abschiedsstunde im Stadtratssaal zu begeben, in welcher er seitens der Arbeitervertreter des Tiefbauamts heißen Dank und volles Lob für seine vornehme Verhandlung entgegennehmen durfte. Bronners fachliche Tätigkeit haben wir anlässlich seiner Überführung nach Dortmund gewürdigt, so daß wir davon bei dieser Gelegenheit Abstand nehmen dürfen.

Nun hat der Schmittler Tod diesen vorzüglichen Menschen und Streiter für den Sozialismus bezogen, viel zu früh. In Dankbarkeit werden wir uns stets an ihn erinnern.

## Gibt der Notgemeinschaft abgelegte Kleidung, Wäsche, Schuhzeug, Hausrat!

So lautet der kleine Handzettel, der in diesen Tagen, erstmals in einem Teil der Mittelstadt (zwischen Durlacher Tor, Kaiserstraße, Karlsruher und Hartwald) von den Beauftragten der Notgemeinschaft an jede Haushaltung verteilt wird.

Am Mittwoch, 18. Nov., nimmt die Karlsruher Notgemeinschaft ihre regelmäßige Sammelaktivität an abgelegter Kleidung, Wäsche, Schuhzeug, Bettzeug und Hausrat auf. Jeden Montag, Mittwoch und Freitag werden alsdann die beiden Sammelkolonnen der Notgemeinschaft die Karlsruher Haushaltungen besuchen und alles Entbehrliche an den genannten Sachen für unsere notleidenden Mitbürger erheben.

Jede Sammelkolonne besteht aus einem von Karlsruher Firmen in entgegenkommender Weise kostenlos zur Verfügung gestellten Lastauto oder Pferde-Fuhrwerk und einer Begeleitmannschaft. Diese wieder teilt sich zusammen aus dem Kolonnenführer, der Sammeltruppe von 12 Mann, einem Trompeter und einem polizeilich bestellten Überwachungsmanne. Die Sammelwagen sind mit großen, auf das Sammelwerk hinweisenden Plakaten geschmückt. Die einzelnen Sammler tragen Armbinden mit dem Stempelaustrag der Karlsruher Notgemeinschaft und führen einen Ausweis der Notgemeinschaft bei sich.

Sobald die Sammelkolonne in eine Straße einbezogen ist, wird der Trompeter sein Signal ertönen lassen, um damit die Anwohnerchaft auf das Erscheinen der Sammelkolonne hinzuweisen. Ab und zu ertönt die Badische Polizei ihr Hornquartett als Beglei-

tung dem einen oder anderen Sammelwagen stellen. Die Sammler begeben sich in jedes Haus und klopfen an jede Tür, um nachzufragen, ob sie abgelegte noch verwendbare Bekleidungs- und Hausratstücke für die Notgemeinschaft in Empfang nehmen dürfen. Die erhaltenen Gegenstände werden sofort in den auf der Straße stehenden Sammelwagen gebracht. Viele Leute werden schon auf das Trompetensignal hin ihre bereitgestellten Sachen selbst an den Wagen gebracht haben. So wandert die Kolonne von Haus zu Haus und von Straße zu Straße. In 4 Wochen soll ganz Karlsruhe einschließlich der Vororte in dieser Weise abgemittelt sein.

Die Arbeit des Sammelns wird wesentlich erleichtert, wenn die für die Notgemeinschaft bestimmten Sachen vorher bereit gestellt worden sind. Das Kommen der Sammelkolonne wird ja jeweils 2 bis 3 Tage vorher durch die verteilten Handzettel und durch Zeitungsinhalte angezeigt. Ein weiterer Erleichterungserfordernis die Sammelarbeit, wenn die Sachen verschickt abgegeben werden, soweit dies irgend möglich ist. Schuhe sollten paarweise zusammengebunden werden.

Für Papier, Altmaterial und Lumpen hat die Notgemeinschaft keine Verwendung und bittet herzlich, die Arbeit des Sortierens durch Abgabe unbrauchbarer Stücke nicht zu erschweren. Mit Dank aber wird jedes noch verwendbare saubere Stück entgegen genommen. Soweit kleinere Reparaturen an den spendierten Sachen notwendig sind, werden sie von den im Lager der Notgemeinschaft beschafften Hilfsbedürftigen vorgenommen.

Im Gegensatz zu der Verbrüderungs-Arbeit, die nur von den ehrenamtlichen Kräften ausgeführt wird, beteiligen sich an der Mittelvermittlung in der Hauptstadt die Hilfsbedürftigen selbst. Auch für sie ergeht die herzliche Bitte um freundliche Aufnahme an den Türen auch dann, wenn man nichts geben will oder geben kann.

Die Bürgererschaft bitten wir herzlich, auch diesen Teil des Sammelwerkes der Karlsruher Notgemeinschaft 1931/32 nach Kräften zu unterstützen. Ist in jedem Haushalt findet sich noch etwas Brauchbares, was für die Notleidenden verwandt werden kann. Es ergeht auch die Bitte, nicht ungebührlich zu sein, wenn der bereitgestellte Gegenstand nicht schon am nächsten Tage abgeholt wird. Die Arbeit ist so groß, daß sie nur besitzweise vorgenommen werden kann. Falls beim Erscheinen der Sammelkolonne niemand zu Hause war und die für die Notgemeinschaft bestimmten Sachen nicht abgeholt werden konnten, empfiehlt sich schriftliche oder mündliche Verständigung der Geschäftsstelle der Notgemeinschaft, damit die Abholung nachträglich besorgt werden kann. Auch kann unmittelbare Ablieferung beim Lager der Notgemeinschaft im alten Bahnhofsgebäude geschehen. Alle Spenden an neuen Warenstücken werden besonders durch das von der Bad. Polizei zur Verfügung gestellte Sammelbüro abgeholt. Es empfiehlt sich nicht, diese Spenden den Sammelkolonnen mitzugeben.

In allen Städten, in denen die Almosenansammlungen in diesem Winter zur Zeit stattfinden, haben sie ungemachte Ergebnisse gebracht. Hoffen wir, daß die Karlsruher Notgemeinschaft zu Recht und frommen unserer Bedürftigen später über den gleichen Erfolg berichten kann.

## Die Speisung durch die Arbeiterwohlfahrt

im Heim der Freien Turnerstraße beginnt am kommenden Mittwoch, 18. November. Die Gemeldeten werden gebeten, sich um 12 Uhr dort einzufinden.

## Rus Organisationen und Vereinen

### Unter Abend: „Wiener Mädel“ im Lehrgesangverein

Zu einem „Bunten Abend“ unter dem Motto „Wiener Mädel“ fanden sich die Mitglieder des Lehrgesangvereins am Abend des vergangenen Samstags, den 7. November, in der Glashalle des Stadtkarnerrestaurants zusammen. Das Programm hatte Stil und Niveau. Schubert, Joh. Strauß, Müllner und Behar herrschten. Auf solche Art sich musikalisch betätigen, ist nobel und erhebt zugleich. Ihr Wien ist ein Programm, das sich von diesem was heute aus der Stadt an der schönen blauen Donau und anderswoher an lässlichen und geschmacklosen, gedankenlosen Sentimentalitäten kommt, vornehmlich durch unterscheidet, daß es wahre Kunst ist. In das Singende, Klappende und Begleitende Wien solcher Musik und Musikkette verleiht der Abend und bezug. Fr. E. Woerfel, die schon mehrfach im Verein mit ihrer schönen Gesangsleistung, lang mit gereizter Stimme und innerlichem Mitleiden wieder von Schubert und Joh. Strauß, unter der ausgezeichneten und mitleidenden Beileitung von Herrn Kapellmeister Dr. S. K. 511. Eine überraschend glückliche Leistung namentlich auch in inhaltvoller Hinsicht war das Schlußstück: Spiel ich die Venus vom Venus, von Joh. Strauß. Die „Geschichten“ aus dem „Wiener Wald“ von Joh. Strauß, sowie die „Tandellia“ aus dem „Walzer“ von Müllner und das fröhliche Lied „Ich muß mal wieder im Gensing sein“ von Benatzki fanden eine gelungene wie beifolgendermaßen ausgezeichnete Darbietung, ebenso die amüsanteste Wiedererzählung des reizenden Tandellias „Wo der Strauß muß!“ Herr W. Preis, der feis Vereite, beehrte in musikalisch sicherer und gewandter Weise. Mit ansprechender und erst empfindungsvoller und ausdrucksstarker Tonkunst erreichte Fr. W. Schwan, am Klavier begleitet von Fr. E. Woerfel, und schließlich das Genußreiche freute das immer freudig und begeistert bearbeitete Vereinsorchester unter der sicheren und verständnisvollen Leitung des Herrn W. Preis. Herr W. Preis, der feis Vereite, beehrte in musikalisch sicherer und gewandter Weise. Mit ansprechender und erst empfindungsvoller und ausdrucksstarker Tonkunst erreichte Fr. W. Schwan, am Klavier begleitet von Fr. E. Woerfel, und schließlich das Genußreiche freute das immer freudig und begeistert bearbeitete Vereinsorchester unter der sicheren und verständnisvollen Leitung des Herrn W. Preis. Herr W. Preis, der feis Vereite, beehrte in musikalisch sicherer und gewandter Weise. Mit ansprechender und erst empfindungsvoller und ausdrucksstarker Tonkunst erreichte Fr. W. Schwan, am Klavier begleitet von Fr. E. Woerfel, und schließlich das Genußreiche freute das immer freudig und begeistert bearbeitete Vereinsorchester unter der sicheren und verständnisvollen Leitung des Herrn W. Preis.

## Bergwacht-Arbeit

### Unverständliche Kindereien im Hartwald

Die Bergwacht, Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe, hat vor einigen Tagen ihre Mitglieder im „Goldenen Adler“ zur Entgegennahme eines kurzen Berichtes über die Arbeit des Sommers versammelt. Der Vorsitzende Herr Speck gab Mitteilung über die Ausschubbedingung der Bergwacht Schwarzwald in Freiburg, in der über die bevorstehende Winterarbeit gesprochen wurde. Zum Ausdruck kam, daß infolge Mangel an Mitteln in diesem Winter neue Stationen nicht errichtet und im Verbrauch von Sanitätsmaterialien nach Möglichkeit Sparmaßregeln geübt werden muß.

Eine Filmvorführung über „Das Leben der Biene“ gestaltete den Bergwachtleuten, in das geheimnisvolle Leben und Treiben des „Bundervolkes“ Einblick zu gewinnen. Der Film war so recht dazu angetan, einen Bild in die Geheimnisse der Natur zu

tun und hat dazu beigetragen, daß der Bergwachtmann in seiner Überzeugung gestärkt wurde, die Natur und all ihre Einrichtungen zu schützen, damit der unverständliche Mensch nicht allzu viel Raubbau und Schaden anrichtet. Ein Mitglied der hiesigen Bergwacht, Herr Prinz, der Sanitätsobmann ist, hat beim Herstellen des Bims in unendlicher Geduldarbeit den Löwenanteil.

Die Versammlung hat weiter beschlossen, Anfang Dezember ihre diesjährige Jahresversammlung abzuhalten.

## Pflanzenstaus

Es wird beobachtet, daß in unverständlicher Weise im Hartwald an jungen Bäumen die schon gewachsenen Stängeltriebe als „Baldfevele“ abgeknippt werden. Das ist ein gemeiner Diebstahl!

Die schönen Herbsttage laden die Stadtbewohner in die herrlichfarbige Waldung. Dabei ist leider festzustellen, daß mancher nicht weiß, daß für den Besuch des Waldes die Wege geschaffen sind. Immer wieder trifft man jemand, der durch junge Anpflanzungen geht und dabei nicht selten die jungen Pflanzen zertritt oder sonstigen Schaden anrichtet.

Zeitiggestellt mußte leider werden, daß in der jungen Anpflanzung zwischen Engländerplatz und Finkenheimer Tor, die ein schönes und wertvolles Waldstück für Karlsruhe zu werden verspricht, die schönen jungen Koteichen um, einfach abgeknippt worden sind. (Nebenfalls als Gerte!) Das ist ein ganz unverantwortliches Tun! Auch Zweige mit den gefärbten Blättern werden vielfach von den jungen Bäumen abgerissen und als Zimmermüll mit nach Hause genommen. Dabei werden meist die neuen Triebe beschädigt und an den Wunden geht manche Pflanze zu Grunde oder ist dauernd verkränkt.

Eine Pflanze, die mehrere Jahre steht, hat den Staat Geld gekostet, durch solche Rohheitsakte sind immer neue Gelder für die Forstbehörde nötig. Im Zeitalter des Sparens hat jeder Staatsbürger die Pflicht, mitsulparen. Die Bergwacht wird auf diese Dinge achten und jeden zur Anzeige bringen, der sich in vorgenanntem Sinne vergibt.

Wie kann man die Städte das nötige Verständnis für die Natur, für den Wald und seine Einrichtungen? Es wird in der Schule viel zu wenig den Kindern das Verständnis für die Natur beigebracht, diese müssen mehr darauf hingewiesen werden, welchen Schaden sie oft in Wald und Natur anrichten.

Deshalb Hände weg von Baum und Strauch, betrachte und verfolge dich mehr in die Geheimnisse der Natur, damit du zufrieden und geistig gestärkt aus dem Walde gehst.

Bad. Landesfrauenklub. Dieser Tage verläßt Fräulein Anna 30 Jg., die im Jahre 1903 als Oberbeamtin in den Dienst der früheren Bebauungsstelle in Donaueschingen eingetreten ist und seit 1923 in gleicher Eigenschaft an der Landesbebauungsstelle wirkt, an der Schwelle des 66. Lebensjahres den Ort erpriehtlich Berufstätigkeit, um in der Heimat zu unterrichten (Amt Donaueschingen) den Lebensabend zu verbringen. Mit großem Vorantwortsgefühl, unermüdbarem Fleiß und autem Erfolg war Fräulein Anna 30 Jahre im wichtigen Dienste der Aufzucht und Fortbildung der Bebauenden des Landes tätig. Viele Schicksale und Freuden hat sie in der Ausbildungszeit und in den Fortbildungsjahren mit Geduld und Liebe betreut hat, und mit uns der ehrwürdigen Greisin einen fröhlichen Lebensabend wünscht.

## Beiertheim

Sozialdemokratische Partei. In unserer letzten gutbesuchten Bezirksversammlung referierte für den verhinderten Genossen Marum Genosse Haebler über die Stellungnahme unserer Partei zu den letzten innen- und außenpolitischen Ereignissen. Der Referent streifte kurz die letzten Reichstagswahlen, deren Ergebnisse sich außenpolitisch sehr nachteilig für das deutsche Volk auswirkten. Innenpolitisch führten sie zu der bekannten Lockerung der Regierungspolitik durch unsere Partei. Da der Kurs der Regierungspolitik rechts auch, die unteren Klassen ungerichtet und unerschrocken belaste, die oberen leistungsfähigen Schichten aber nachlässig und schonend behandle, müsse das zu einer schweren Belastung unserer Partei führen. Zur Stärkung mangelhafter großkapitalistischer Unternehmungen und Banken habe man hunderte von Millionen zur Verfügung gestellt, aber zur Sanierung der Arbeitslosen- und Sozialversicherung nichts übrig. Es sei ein Standstill, wenn ein holländischer Bankdirektor einem deutschen Fabrikanten angeboten, das er nicht mehr verdienen könne, sondern für die Aufrechterhaltung noch Gehältern verlangen müsse. Hier verfolge die Regierung der Notverordnungen vollständig. Auch dem von der rechtsstehenden bürgerlich-kapitalistischen Presse unterfütterten volkschädigenden Treiben der sogenannten nationalen Opposition und deren fortgesetzten Mordhege leben die Regierung tatenlos zu. Der Referent beklagte dann noch die in letzter Zeit recht wechselvolle scharfen Auseinandersetzungen und milden Annäherungsversuche zwischen Zentrum und Nationalsozialisten und die Veruche Stiers bei Hindenburg und Schleicher, die der Regierungsunfähigkeit der Nationalsozialisten die Wege ebneten sollten. Nach kurzer Würdigung der englischen Wahlen und der Mundstücke mit ihren vorläufigen Folgen kam der Referent auf die Wahlen in Deutschland zu sprechen. Auch die Stellung der Parteipresse dem Zentrum gegenüber müsse eine andere werden, da die Zentrumspresse diese rücksichtslos behandelte und feineswegs verdiente. Die Veruche der Parteipolitik mußten auf das schärfste verurteilt werden. Gen. Haebler schloß seine sehr beifällig aufgenommenen Ausführungen mit der Ermahnung, trotz vorhandener Meinungsverschiedenheiten in diesen schweren Zeiten treu zur Partei zu stehen, für die Erhaltung und Ausbreitung unserer Parteipresse und für die Einigkeit der gesamten arbeitenden Bevölkerung alle Kräfte einzusetzen.

In der anschließenden Diskussion wurde von einem Genossen die fandalische „Rechtssprechung“ eines Teiles unserer Justiz in politischen Prozessen gekennzeichnet. Ein anderer Genosse beklagte die Lockerungspolitik und den Ausschluß von Sendungen und Genossen. In einem kurzen Schlußwort kritisierte der Referent das Gebahren unserer Justiz in politischen Prozessen! Innerhalb unserer Partei wünscht er eine weithinere Lockerung der Meinungsfreiheit. Nach Erlebungen einer Bezirksversammlung konnte der Vorsitzende die anregend und harmonisch verlaufene Versammlung schließen.

Unsere nächste Parteiverammlung mit Lichtbildervortrag und anschließender Unterhaltung findet am 5. Dezember im „Löwen“ statt. Unsere Genossen und Genußfreunde werden gebeten, diesen Tag für unsere Sache frei zu halten.

„Va-Va ist da!“ So hört man jetzt überall lustige Hausfrauen sagen, die an der neuen Va-Va-Patenpost ihre volle Freude haben. Die Freude muß auch „da“ sein, denn so „da“ und so schnell wie Jahre Schube durch Va-Va glängen, haben Sie noch nicht vorher gesehen. Dabei ist diese herrliche oder Zuhörner bei diesem Inhalt besonders lustig, denn sie kostet nur 30 Pf. Der Va-Va ist über Dose garantiert den Freunden hochgelegter Diplomat Schube teils gleichbedeutende Gfite. Der anerkennende Pöbel an solchen Gedämmen und lustigen Versen hat, lese die Erlebnisse Va-Va im Anselntel dieser Zeitung.

Küppur

Das proletarische Kabarett der "Kote Faden" wird bekanntlich...

Kurzweiliger Verein "Die Naturfreunde", Bezirksgruppe Küppur...

Weiberfeld

Wohltätigkeitskonzert des Bürgervereins Weiberfeld e. V. Am Sonntag...

Lichtspielhäuser

"Heimkehr" in den Badischen Lichtspielen im Konzerthaus...

Residenz-Lichtspiele

Bank in Chicago. Der Film, der diese Woche in den Residenz...

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfall

Ein Kaufmann aus Durlach fuhr in vergangener Nacht mit einem...

Nabiater Kraftfahrer

Am Montag wollte gestern ein Kraftwagenführer in rüchichts...

Bettlerunwesen

Im Laufe des gestrigen Tages wurden mehrere Bettler von der...



Das Reichsbanner veranstaltet in den Wintermonaten eine Vor...



Am Samstag, den 21. November, findet im Hirsch in Mühl...

Veranstaltungen

Wohltätigkeitskonzert des Badenischer Bundes. Infolge plötzlicher...

Dienstag, den 17. November:

Badisches Landesoper: Tempo über Hundert. 20 Uhr. Badische...

Kleine bad. Chronik

Großfeuer im Kraichgau

23. Oberhessheim (Amt Bruchsal), 16. Nov. Heute Nacht brach...

Wieder ein Schwarzwaldhof eingekäschert

Schonach, 16. Nov. Unsere Gegend wurde schon wieder von...

Mingolsheim. Ein Mann aus Malsch wurde beim Ortsausgang...

Morsheim. Ein hier in Stellung befindliches Mädchen aus...

Sebruga. Der Chauffeur Max Walz fuhr mit einem mit...

Waldfisch. Der Kraftwagen einer Emmendinger Großhandels...

Freiburg i. Br. In der vergangenen Nacht wurde ein in über...

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 16. Nov. Zufuhr: 20 Ochsen...

Reichswinterkredite

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister für Ernährung und Land...

Konzerte

Herbstkonzert des Arbeitergesangvereins Vorwärts Weingarten

In den Landorten ist noch mehr wie in der Stadt der Gesangs...

Der Chorleiter ist gut abgestimmt. Duffig das Piano. Sicher...

Herr Karl Doll wartete mit schwierigen Partien aus Aida...

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Wetterausichten für Mittwoch, 18. November: Fortdauer des...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungen. 15. November: Wilhelm...

Sehr Eisenbahnwagen von Karlsruhe für die Deutsche Winterhilfe!

Mach Dir und andern Freude, gib zur Winternothilfe!



